

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2, — Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänien, Ost- und Westpreußen, Ostpreußen, Litauen, Kurland, 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Mitt und Welt“ mit „Stellung und Meinungen“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 19. September 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3  
Vertriebsbüro: Berlin SW. 68 — Verkaufsstelle: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wilmersd. 65; Distrikts-Geschäft, Tempelhofer Platz 2.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Anzeigenzeile 50 Pfennig, halbe Seite 1, — Reichsmark, „kleine Anzeigen“ das fertige Wort 20 Pfennig (außer zwei fertige Wörter 10 Pfennig, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Werts über 15 Pfennig zahlen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 6 Pfennig, Familienanzeigen für Wohnstätten Seite 40 Pfennig.

Knauern für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptverlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestirnt von 6 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Das Heidelberger Programm.

Fast einstimmige Annahme. — Erhebender Ausklang.

F. Kl. Der Parteitag von Heidelberg wird in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie einen besonderen Platz einnehmen. In der Geburtsstadt Friedrich Eberts, des ersten sozialistischen Reichspräsidenten, hat sich die Partei ein neues Programm gegeben, das als Heidelberger Programm fortleben wird wie das Gothaer vor fünfzig Jahren und das Erfurter Programm, das nach dem Fall des Sozialistengesetzes der Partei neuen Rückhalt gab.

Ein Programm soll vorausschauend, kurz die Entwicklungsreihe andeuten und in der Gegenwart Begreifbar sein. Man darf es deshalb nicht allzuweit umgestalten und in seinen Grundgedanken erschüttern. Wir hoffen darum, daß das nun neu geschaffene Heidelberger Programm Bestand haben wird. Man kann Scheidemann zustimmen, daß manches noch schärfer und klarer hätte formuliert werden können, aber gerade die Kritik Levis beweist, daß die Anhänger der von Scheidemann vorgetragenen Auffassungen keinen Grund haben, gegen das neue Programm irgend welche grundsätzlichen Bedenken zu hegen. Im großen ganzen ist das Programm nach den Verbesserungen, die es erfahren hat, die theoretische Fundamentierung der praktischen Arbeit, die die Partei in der Deutschen Republik geleistet hat und weiter zu leisten entschlossen ist: praktische Arbeit für die großen Massen des arbeitenden Volkes, praktische Arbeit im Geiste und mit dem Ziel des demokratischen Sozialismus.

Jetzt geht es von der Heidelberger Tagung in neue Kämpfe. Im Badener Land stehen unsere Genossen in Front, um ihren Einfluß im Landtage nicht nur zu behalten, sondern zu erweitern. In Berlin sollen die Stadtverordneterwahl des 25. Oktober zeigen, daß die Partei des Sozialismus nicht überwunden werden kann, sondern daß sie marschiert; sie sollen die Sozialdemokraten weiter erweisen als starken Hort des sozialen Fortschritts inmitten der kapitalistischen Unkultur.

Was dem Parteitag sein Gepräge gab, war der starke Wille, von unfruchtbarer Diskussion zur praktischen Arbeit, vom Streit um Personen zu fruchtbringender Einheit des Handelns zu gelangen. Es ist kein Geheimnis, daß der Konflikt innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie auf der Arbeitsfähigkeit der ganzen Partei in Sachsen lastete. Nachdem durch mehrere Jahre eine Ansammlung von persönlicher Verbitterung und Streit aufgespeichert worden war, schien es fast unmöglich, die streitenden Parteien und Kampfgenossen wieder zu gemeinsamer Arbeit zusammenzuführen. Trotzdem muß und wird der Versuch gemacht werden. Die Entschließung des Parteitages, die nach eingehender und sehr ausführlicher Aussprache in der Kommission mit großer Mehrheit gefaßt wurde, zeigt den Weg, auf dem sich die sächsischen Sozialdemokraten alle wieder vereinigen müssen. Diejenigen sächsischen Delegierten, die gegen diese Entschließung stimmten, haben sich trotzdem verpflichtet, den Beschluß des Gesamtparteitages zu respektieren und ihn loyal durchzuführen. Dazu gehört auch, daß die bis nun vom Ausschluß bedrohten 23 Fraktionsmitglieder gleichberechtigt im Versammlungsleben und in der Presse zu Worte kommen, um die Verbindung mit den Parteigenossen wieder aufnehmen zu können.

Wenn auf beiden Seiten der Wunsch und der ernste Wille vorhanden ist, das Bergangene zu begraben, dann dürfte der sächsische Konflikt bald zu den überwundenen Dingen gehören. Das schon vor mehr als 20 Jahren „das rote Sachsen“ genannte Land wird dann bald wieder zur Hochburg der deutschen Sozialdemokratie werden.

An der Überwindung des Zwiespalts zu arbeiten, ist besonders Aufgabe der Parteipresse. Wir haben den Bruderkampf, der lange Jahre die Sozialdemokratie Deutschlands in zwei Lager riß, überwunden und die Wiedervereinigung zweier Parteien feiern dürfen, die innerlich zusammengehörten. Auch damals war es notwendig, zunächst in der Presse und in Versammlungen den Streitfall zu begraben. Und wieviel mehr und leichter muß das in Sachsen möglich sein, wo doch der Streitgegenstand viel geringer und es zur Spaltung aus diesem Anlaß glücklicherweise gar nicht erst gekommen ist.

Der Wille der Gesamtpartei, in Sachsen wie überall Frieden unter Gleichstrebenden zu schaffen und zu erhalten, ist so stark und unzweifelhaft zum Ausdruck gebracht worden, daß es niemandem schwer fallen wird, ihm Rechnung zu tragen. Die politische Situation im Reich ist derart, daß die Vereinigung der gesamten Arbeiterklasse mehr als je notwendig ist, wird doch schon die Frage des Sicherheitspaktes und die Stellung der ersten Regierungspartei zu dieser Frage an die Sozialdemokraten binnen kurzem neue Aufgaben herantragen, über deren Umfang und Bedeutung kein Zweifel

sein kann. Wenn die Deutschnationalen durch ihre Wahlpropaganda sich in die Lage gebracht haben, daß sie nur unter neuem Vorwand den Weg der von ihnen verlästerten Erfüllungspolitik weiter gehen können, wenn sie jetzt in der Falle zappeln, die sie sich selbst gestellt haben, so hat die Sozialdemokratie keinen Anlaß, sie aus ihrer Lage zu befreien!

Aber noch weniger kann sie selber sich von dem Wege abwenden, den zuerst beschritten zu haben, ihr von nationalistischen Demagogen als Landesverrat zum Vorwurf gemacht worden ist. Die Sozialdemokratie wird, darüber hat sich der Parteitag klar und unmißverständlich ausgesprochen, die Verständigung der Völker zu fördern suchen, auch auf dem Weg der Sicherheitspakt-Politik, damit nicht zu dem Greuel des Weltkrieges neue kriegerische Verwicklungen hinzugefügt werden. So wird dem Wiederaufbau der Welt gedient, nicht zuletzt aber dem deutschen Volke, für dessen arbeitende und darbedende Teile zu wirken, die Aufgabe der Sozialdemokratie war, ist und bleiben wird.

Aber so sehr die Reaktion außenpolitisch gebunden ist, so volkverderblich sind ihre Pläne im Reich und in den Ländern. Die ohne Zutun der Regierung erfolgte Veröffentlichung des Reichsschulgesetzentwurfs zeigt bereits, wohn der Kurs gesteuert werden soll. Hier wird ganz offen an Stelle der Toleranz der Kulturkampf eingeleitet, nicht ein Kampf gegen die katholische Kirche, wie zu Bismarcks Zeiten, sondern ein Kampf gegen die neue Kultur, die in der Arbeiterklasse im Wachsen ist. Da ist es selbstverständlich, daß unser Parteitag die Kampfanlage aufnimmt, und die Partei sich rüstet für das schwere Ringen um die Freiheit der Schule, die gleichzeitig die Freiheit der Entwicklungsmöglichkeit für die Kinder der Arbeiterklasse darstellt. Die Partei ruft alle auf, mit ihr zusammenzugehen und jeden Rückschritt auf dem Gebiete der Schule als eine Verschlechterung der gesamten Kulturgrundlage des deutschen Volkes zu verhindern.

Inhalt und Ausklang der Arbeit des Parteitages ist der Wille zum Kampf um das sozialistische Ziel auf dem Boden der Republik. Für diesen Kampf hat die Partei sich die Rüstung des neuen Programms gegeben. Mögen alle Parteigenossen es studieren, seine einzelnen Forderungen durchdenken und in sich verarbeiten. Dann aber: Vorwärts zu neuer Friedensarbeit für die Sozialdemokratie, für die Partei der Gegenwart und der Zukunft! Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!

Im weiteren Verlauf seiner Rede zum Programmentwurf führte Hilsberg aus:

So stellt unsere Programmarbeit den Anfang der Arbeit für künftige Parteitage dar. Wir müssen unbedingt zu unserem Programm Stellung nehmen, weil die Wirklichkeiten nahe geworden sind.

Was bedeutet der vorliegende Programmentwurf nun in seinem grundsätzlichen Teile? Die grundsätzliche Analyse der kapitalistischen Entwicklung im Erfurter Programm ist im letzten Jahrzehnt in jeder einzelnen Phase bestätigt worden. Zuerst im kommunistischen Manifest hat Marx das große Entwicklungsgesetz der Industrie, das Konzentrationsgesetz entwickelt. Im „Kapital“ hat er es mit allen Fundamenten der Wirtschaft untermauert und Kautsky hat es dann im Erfurter Programm formuliert. Aber alles das war nur sozialistische Prophezie, während heute das Konzentrationsgesetz als wirklich objektives Gesetz der kapitalistischen Entwicklung erwiesen ist. Die erste Stufe war, daß die technische und ökonomische Überlegenheit der Großbetriebe die Kleinbetriebe zur sozialen Bedeutungslosigkeit zurückwarf. Die zweite Stufe, daß die Großbetriebe einen immer größeren Teil des Profites in fixes Kapital verwandelten und in den Zeiten der Krisen durch Vereinigung zu monopolistischen Organisationen in Konkurrenz ausschalteten. Dadurch entstand eine Verschiedenheit in der Höhe der Profitorate, und die dritte Stufe war ein Ausgleich der Profitoraten durch die Konzentration der horizontalen und vertikalen Richtung. Die freie Konkurrenz wurde in immer stärkerer Weise aufgehoben durch kapitalistische Monopolbildung und die Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise durch die Organisationsstendenz der Kapitalisten selbst überwunden.

Aber die Wirtschaft wurde nicht zugunsten der Allgemeinheit organisiert, sondern für die Oligarchie weniger Kapitalisten, die die Produktionsmittel der Gesellschaft für sich monopolisierten und das gesamte Wirtschaftsgesetz und das persönliche Schicksal der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Konsumenten immer stärker bestimmten.

Im Zusammenhang damit folgt der Übergang der einzelnen Betriebe in Aktienform, die engere Zusammenziehung des Industriekapitals mit der Kreditorganisation der Gesellschaft, die alles flüssige Kapital in den Banken ansammelt. Die Entwicklung führte schließlich dazu, daß die alte Trennung des Kapitals in Industrie-, Handels- und Bankkapital immer mehr aufhört und das Kapital

wieder die Einheitsform des Finanzkapitals annimmt. Dieses Finanzkapital stellt schließlich die starke Gesellschaftskonzentration dar, die nach ihrer hierarchischen Form überaus denkbar ist. Schlaglichtartig beleuchtet das Resultat dieser ganzen Entwicklung der Fall Stinnes. Worauf beruht die sozialistische Kritik dieses Falles? Weder in der Kombination verschiedener Produktionszweige noch auf dem Versuch, in die anderen Kapitalsphären, wie das Handels- und Bankkapital einzudringen, noch bezieht sich unsere Kritik darauf, daß, als Stinnes zusammenbrach, die Großbanken sich vereinigen mußten, um auf Verlangen der Reichsbank mit Unterstützung der preussischen Seehandlung den völligen Zusammenbruch des Konzerns zu verhindern. Die sozialistische Tendenz bei dieser Kritik ist vielmehr, daß Stinnes zwar in anormalen Zeiten, aber nur anormal auf Steigerung von Bedingungen, die immer in der kapitalistischen Produktionsweise vorhanden sind, einen großen Teil der deutschen Volkswirtschaft unter seine Botmäßigkeit bringen konnte,

und zwar ausschließlich unter Benützung von Mitteln, die im Grunde genommen der Verfügung der Öffentlichkeit gehören mußten.

Stinnes konnte seinen Konzern nur aufbauen mit Hilfe der Anekdote der Reichsbank. Alle diese Riesenkonzerne können sich nur weiter entwickeln, wenn sie über öffentliches Eigentum verfügen. (Sehr wahr!) Und wenn die Banken eingreifen mußten, so taten sie das mit Mitteln, die ihnen aus den Depots usw. zufließen, aus Geldern, die in Wirklichkeit erarbeitet sind von der Arbeiterschaft, die einer unendlichen Anzahl von Leuten gehören, die über die Verwendung ihrer Gelder gar keine Bestimmung mehr haben, und diese Gelder müssen in Bewegung gesetzt werden, um sich vor dem völligen Bankrott zu retten, weil dieser Bankrott die gesamte Volkswirtschaft bedroht hätte. (Sehr richtig!) Das Privateigentum erweist sich nun als heute nicht mehr vorhanden. Das Großmonopol verfügt vielmehr über das öffentliche Eigentum und wir verlangen, daß diese Verfügung von jenen erobert wird, die dieses Eigentum geschaffen im Produktionsprozeß, d. h.

die demokratisch-sozialistische Gesellschaft verlangt die Verfügung über das öffentliche Eigentum. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieser Konzentrationsprozeß ist vielleicht nie so beschleunigt gewesen, wie in unserer Periode. Der Krieg hat hier einen ungeheuren starken Anstoß und ebenso dann die Inflation, die Erschütterung unserer Währung. Aber auch nach dieser Inflation hat dieser Prozeß nicht aufgehört. Im Gegenteil, gerade nach der Stabilisierung erleben wir eine Steigerung dieses Prozesses der technischen Revolutionierung und der ökonomischen Monopolisierung. Die Stellung der Kohle wird erschüttert durch die Verbesserung in der Verfeuerung, durch die Erzeugung der Elektrizität aus den Wasserkraften, durch den Übergang zur Delfeuerung. Sie kann nur wiederhergestellt werden durch eine neue technische Revolutionierung, durch die Verflüssigung der Kohle. Und dies Problem kam im Grunde nur gelöst werden, wenn die Regierungen der Kohle produzierenden Länder, Deutschland, England und andere Staaten, sich vereinigen würden zu einer Reorganisation und Neugestaltung der Kohleproduktion, d. h. wenn diese Regierungen bewußt die Privatwirtschaft auf diesem Gebiet verlassen und

zu einer gesellschaftlichen internationalen Regelung der Grundlage aller Produktion

kommen. Auf der anderen Seite sehen wir eine Revolutionierung der Arbeitsverfahren. Die alten Erfahrungen, von der Arbeit des Bauern angefangen bis zur kompliziertesten Arbeit eines Mechanikers, wurden psychologisch und physiologisch geprüft, physiologisch auf den Grad ihrer Wirksamkeit, ihrer Intensität untersucht. Die Arbeit wird immer mehr zerlegt, und diese Zerlegung führt zu immer weiterer Anwendung neuer Arbeitsmaschinen. Diese ganzen Prozesse werden zusammengefaßt in der neuen Betriebsorganisation, die auf dem Prinzip ununterbrochener Kontinuität des Betriebes beruht. Das hat wieder zur Folge eine ungeheure Steigerung der produktiven Kräfte und auf der anderen Seite Monopolisierung dieser produktiven Kräfte in der Hand einer kleinen Kapitalgruppe. Jetzt erfolgt der

Übergang von der Kartellorganisation zur Trustorganisation

zur Zusammenschließung der Gesamtkonzerne in einem einzigen Unternehmen, innerhalb dessen dann wirklich rational produziert werden kann, aber wiederum zugunsten der kapitalistischen Monopolisten.

Diese ungeheure Kraft des monopolisierten Kapitals wendet sich nun nach außen, um für die steigende Produktion zu größerem Profit Absatzmärkte zu finden. Das führt zu den imperialistischen Tendenzen. Das Kapital bringt so in bisher davon unberührte Länder die moderne Kapitalistenklasse, das moderne Bürgerium, die moderne Intelligenz und die moderne Arbeiterklasse. Das Bürgerium und die Intelligenz sind dann bestrebt, sich von den Einflüssen des ausländischen Kapitals zu emanzipieren. Es begann ein internationaler Unabhängigkeitskampf, der im neunzehnten Jahrhundert die Gestaltung Europas vollständig umgestaltet hat. Durch die Revolution und den Krieg ist dieser Prozeß außerordentlich beschleunigt und hat einen weltweiten Charakter angenommen, sich ausgedehnt auf den Nordrand Afrikas, China, Japan, Indien usw. Damit schafft der Kapitalismus neue gewaltige Entwicklungen, berührt mit seinem Zaubersjab ungeheure, bisher unerwachte Menschen-

massen, die er erfüllt mit neuem Freiheitssehnen, mit dem Sehnen nach Emanzipation. Gewiß wird diese Emanzipation zunächst unter Führung des Bürgertums und unter nationalisierender Ideologie betämpft im Gegensatz zu dem gewaltsamen Eindringen. Aber wir sehen hierin einen großen historischen Fortschritt, den wir zu unterstützen haben, andererseits jedoch auch eine große Gefahr, die Entstehung neuer Krisenherde, wenn es uns nicht gelingt, durch unseren Einfluß auf die gegenwärtige Politik zu verhindern, daß die Entwicklung eine furchtbare Bedrohung der Menschheit Europas wird.

Unser Prinzip der gegenwärtigen Politik ist daher die Forderung der notwendigen Solidarität der Nationen, die die Rettung Europas sein wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir treten deshalb für die Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der vereinigten Staaten von Europa ein. Aber nicht etwa im Sinne der bürgerlichen Anschauungen zum Konkurrenzkampf mit den Vereinigten Staaten von Amerika, oder etwa als Ausschließungsmittel gegen England oder gar Rußland. Das Ermachen der geschichtslosen Nationen muß gefördert werden durch eine einseitige Politik der europäischen Staaten, die die Unterdrückung anderer Nationen der Kolonialvölker und die Zerstörung ihrer Kultur und ihrer Rechte ablehnen.

Im Innern bedeutet diese Konzentration und Monopolisierung für alle großen kapitalistischen Länder eine neue Phase heftigster Kämpfe. Vorgeschiedene bürgerliche Gelehrte, wie Professor Bonn, Alfred Weber, sprechen sehr viel von einer Krise der europäischen Demokratie. Diesen Betrachtungen liegt doch nichts anderes zugrunde, als das Erschrecken über die ungeheure Entwicklung der partikularen Wirtschaften, der Interessen, zusammengesetzt in den Händen einiger weniger Beherrscher der Großbanken, der Rohstoffquellen, der Energieerzeugung, die die Verfügung über die Staatsgewalt fordern. Ein Kampf, wie er von Stinnes offen proklamiert wurde, der verlangt, daß die Staatsmacht seinen Wirtschaftsbezirken untergeordnet werden sollte, die er gründen wollte. Dieser Kampf der großen kapitalistischen Monopole um die Staatsmacht bestätigt unsere alte Auffassung, daß die Geschichte aller Gesellschaften, die auf Privateigentum begründet sind, eine Geschichte von Klassenkämpfen ist, die geführt werden, um die Staatsmacht für jene großen Partikularen der Wirtschaft zu erringen. (Sehr richtig!) Dieser Klassenkampf muß auch dem indifferenten Arbeiter immer mehr offenbar machen, was die Eroberung der politischen Macht bedeutet. So haben sich heute die Klassengegensätze auf beiden Seiten immer mehr vertieft, und wir stehen vor der Entscheidung:

Entweder Fortdauer der Wirtschaftsmacht einiger Privilegierter oder Unterwerfung der Wirtschaftsmacht unter die Bedürfnisse, unter die Kontrolle, die Verfügung der Gesamtheit.

Doch die Klassenkämpfe immer erbitterter werden, liegt also in der Natur der gesellschaftlichen Entwicklung, in den realen Gegensätzen, die sich immer mehr vertiefen und die schließlich ausgetragen werden müssen, wozu nur so ein neues Werden des gesellschaftlichen und geschichtlichen Seins möglich ist. Deshalb haben wir dem Programm eingeleitet, daß die Klassengegensätze schärfer geworden sind. Das bedeutet aber selbstverständlich nicht, daß diese in immer knüppelhafter Form ausgetragen werden müssen. (Sehr gut!) Nein, gerade die Demokratie erlaubt es, die Klassengegensätze in der Form der politischen Demokratie auszutragen. Aber das bedeutet andererseits nicht etwa, daß den sozialistischen Vorstößen die Demokratie hinhalten müsse. Nein, wenn die anderen die Demokratie aufheben, wird sie in uns die Verteidigung finden mit allen zweckmäßigen Mitteln, die geeignet sind, die Forderungen, die Reaktionen, die Gegner der Republik niederzuschlagen um jeden Preis. (Lebhafte Zustimmung.)

Groß und gewaltig sind die Probleme, die uns die Zeit stellt. Wir sind in Rebel gekommen im Auf- und Abstufen der historischen Geschicke. Bald hat uns die Welle gehoben, bald schien sie uns senken zu wollen. Aber ich glaube, die Zeit, da wir uns haben entmutigen lassen, ist vorüber. Wenn wir eine Gipfelwanderung vor uns haben und der Marsch beginnt, so steht die Spitze vor uns scheinbar zum Greifen nahe. Dann beginnt der Marsch durch das Bergelände, ein Wald nimmt uns die Aussicht, der Weg dauert viel länger, als wir gedacht haben. Wölfling treten wir aus dem Wald heraus — und vor uns erhebt sich das Bergmassiv, steil, unwegsam. Auf den ersten Blick glauben wir verzagen zu müssen, aber dann sagen wir uns, wir sind näher gekommen.

Wir haben die Vorbereitungszeit hinter uns, jetzt geht es zum Aufstieg und wir müssen hinaus!

Das ist die Stimmung, in der heute die wiedererstarkte Sozialdemokratie und die Internationale den letzten Zielen des Sozialismus

gegenübertritt: Wir müssen hinaus, wir werden hinauskommen und unser Programm ist ein guter Wegweiser. (Stürmisch anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Wels gibt bekannt, daß einige neue Anträge eingegangen sind.

Erstens, den Satz des Zürcher Programms: „Religion ist Privatsache“, wieder in das Programm aufzunehmen.

Zweitens ein Antrag Levi, in den Passus über die internationale Politik einzufügen: Die Sozialdemokratie wird drohende Kriege mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu verhindern suchen. Sollte ein Krieg desungeachtet doch ausbrechen, so wird sie ohne Rücksicht auf die gegebene militärische Lage durch unmittelbaren Appell an die Volksmassen durch parlamentarische Opposition, durch Generalstreik oder andere Mittel auf die sofortige Beendigung hinarbeiten.

#### In der Diskussion:

erhält zunächst das Wort

Scheidemann: Die neue Programmvorlage stellt gegenüber dem ersten Entwurf zweifellos eine Verbesserung dar. Sicherlich wird mancher hier im Saale wünschen, daß man noch mehr verbessert hätte. Vielleicht hätte die untrennbare Verbundenheit des demokratischen mit dem sozialistischen Gedanken und die positive Einstellung der Partei dem Staat gegenüber noch klarer zum Ausdruck gebracht werden können.

Vielleicht wäre es auch möglich gewesen — vorbehaltlich neuer Ausführungen in den angeführten Agrarprogramm — jetzt schon auf die große Bedeutung der Landwirtschaft und auf die Zugehörigkeit auch der schwerbeschäftigten kleinbäuerlichen Bevölkerung zur Arbeiterklasse, wie wir als Sozialisten sie vorziehen, hinzuweisen. Wenn in der Vorlage von der Verschärfung des Klassenkampfes die Rede ist, so halte ich diesen Gedanken für richtig, in dem Sinne, daß auf der einen Seite eine immer größere Anhäufung der ökonomischen Macht und auf der anderen Seite eine ständige Vermehrung der Massen stattfindet, die ihrer Klassenlage nach am Kampf gegen den Kapitalismus interessiert sind. Diese Verschärfung schließt natürlich nicht aus, daß der Kampf in zivilisierten Formen geführt wird, die einzubehalten im Interesse der kämpfenden Arbeiterklasse selbst liegt. Die Einrichtungen einer demokratischen Verfassung bieten auch die Möglichkeit, in den notwendigen Klassenkämpfen gewaltlose Entscheidungen zugunsten des arbeitenden Volkes herbeizuführen. Ich führe das nicht als Polemik gegen den Programmtext aus, der natürlich auch nichts anderes meint, sondern nur zur Verdeutlichung seiner offensichtlichen Absichten. Darum, und um die Einigkeit über die Geschlossenheit der Partei nach außen zu dokumentieren, werde ich für den Programmtext stimmen, und ich bitte alle, die gleichen Sinnes mit mir sind, das gleiche zu tun. (Lebhafte Zustimmung.)

Vedermann-Hamburg: Es wird natürlich sehr schwer sein im letzten Augenblick noch Änderungen in das Programm hineinzubringen. Aber unser Aktionsprogramm sollte nicht an dem Punkt kaputt vorübergehen. Gerade die Wölfling gehen mit großem Erfolg bei ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftskritik von den Geldinstituten aus. Weiter hätten die Hamburger gewünscht, daß die Auseinandersetzungen über die Fortbildung des Ratesystems sich schärfer dem Gedanken angelehnt hätten, den der Gewerkschaftsfongress in Breslau deutlich ausgesprochen hat. Um nicht in einen Gegensatz zu den Gewerkschaften zu kommen, sollte sich der Parteitag klar für Arbeitskammern, nicht Arbeiterkammern, aussprechen. Nachdem von einer planmäßigen Bevölkerungsplanung im Programm nichts gesagt ist, hoffen wir, daß der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion praktisch im Sinne der Ausführungen des Genossen Knaß dazu wirken werden. In bezug auf die internationale Abrüstung hätte nicht nur negativ gesagt werden müssen, daß wir die Abrüstung fordern, sondern es hätte positiv Stellung genommen werden müssen zum Wehrgeheimen. Aber gegenüber dem Gesamtentwurf fällt all diese Kritik noch nicht besonders ins Gewicht. Wölfling es sich als starke Waffe erweisen im Kampf für den Sozialismus. (Bravo.)

Levi-Berlin: Das beste, was Hilderling gesagt hat, und das absolut Vernehmende war, daß er selbst das Programm nicht als Schlüsselpunkt sondern

#### als Kaufung unserer Arbeit

bezeichnet hat. Der Entwurf ist so rasch gekommen, daß die Mitarbeit vorher nicht dazu Stellung nehmen konnte. In einigen Punkten weicht der Entwurf zu seinem Nachteil von dem Erfurter Programm ab. 1. Der Satz des Erfurter Programms von der dauernden Zuspitzung der Gegensätze und der immer größeren Unverträglichkeiten der kapitalistischen Wirtschaft mit den Interessen der breiten Volksmassen ist getrichen und nur ein kurzes

Amendement in diesem Sinne angefügt worden. Dieser Satz war aber das Kernstück der Diskussion zwischen den sogenannten Revisionisten und den Radikalen, und ich bedaure, daß dieser Stein des Anstoßes der Reformisten von damals heute getrichen ist. 2. Ist unsere Stellung zum Staat nicht klar genug, und ist der Gegensatz der sozialistischen und bürgerlichen Politik auch klar betont, so ist das doch keine Aufgabe an die Demokratie. Wir glauben im Gegenteil, daß eine wahre Demokratie nur zu verwirklichen ist in einem anderen Staat als in dem vom Bürgertum beherrschten. Der 3. Punkt betrifft die Internationale. Gerade die von Hilderling geschriebene Entwicklung zwingt uns zu einer schärferen Konkretilisierung unserer internationalen Pflichten. Es gilt, die internationale Aktion vorzubereiten, die schon Marx als die erste Bedingung zur Befreiung des Proletariats bezeichnet hat. Der 4. Punkt ist die Koalitionspolitik. Der Satz, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann, ist getrichen und jeder weiß, was das zu bedeuten hat. Im Schlußabsatz des Programmtextes

bekanntlich die Partei zur reinen Evolution.

Das ist eine gewisse Undankbarkeit gegenüber dem November 1918, der trotz aller Mängel und Schwächen der Bewegung die erste große revolutionäre Tat der deutschen Arbeiterklasse gewesen ist. Das Bekenntnis zur Evolution stimmt nicht zu unserer jüngsten Vergangenheit und wird auch nicht stimmen für die nächste Zukunft. Für diese trifft zu, was im Jahre 1850 Karl Marx in visionären Sätzen geschrieben hat: Das jetzige Geschlecht muß nicht nur durch die Wüste wandern, sondern untergehen, um den Menschen Platz zu machen, die der neuen Welt gewachsen sind. Heute aber wird kein neues Geschlecht mehr nachwachsen, ehe die nächste große Welle der Arbeiterbewegung kommt und die ganze Schwere dieser Aufgabe geht noch zu Lasten dieser Generation. Für diese größte Aufgabe der Arbeiterbewegung ist dieses Programm der letzte Wegweiser nicht. Vieles, was an ihm an Gold erscheint, wird sich in der Entwicklung als Flitter erweisen. Nicht um die Aktionen zu fördern, sondern um der ferneren Zukunft willen werden wir gegen dieses Programm Zeugnis ablegen. (Beifall.)

Gröblich-Dresden: Auch ich könnte mir ein besseres Programm denken. Aber warum hat die Programmkommission uns nicht einen Entwurf aus einem Guß vorgelegt? Er könnte besser sein als dieser Programmtext, der alle Merkmale von Kompromißarbeit trägt. Aber zu einem Gegenentwurf, der nicht vorliegt, können die Delegierten nicht Stellung nehmen. Der Entwurf der Programmkommission ist außerordentlich gewissenhaft in der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft. Seine Gewissenhaftigkeit grenzt da und dort an Pedanterie. Aber freilich hat auch der allgemeine Teil des Erfurter Programms schon nicht die wünschenswerte agitatorisch zündende Kraft gehabt. Der Entwurf vermeidet alle Prophetie. Das ist in einem Jahre einen besseren Entwurf bekämen, halte ich für eine zu optimistische Annahme. Wir wissen gar nicht, wie glänzend in einem Jahre die politische Situation auf unsere Programmarbeit wirken kann. In den Entwurf noch mehr hineinzuarbeiten, würde ich für verfehlt halten. Er wird dann immer mehr einem Königsberger Klops gleich. Eher könnten wir die von Levi angeführten Sätze des allgemeinen Teils streichen, der meiner Meinung nach nur eine Triebfeder ist. Schmersch vermisst mir die Stellungnahme zu den Wirtschaftsproblemen. Wir haben zum Problem der Sozialisierung keinen günstigen Standpunkt. Sehr viel Arbeiter werden nicht wissen, wie wir uns denn nun das Hineinwachsen in die sozialistische Gesellschaft vorstellen. Wir haben Angst vor dem realen Utopismus, ohne den keine Partei auskommt, die in die Zukunft blickt. Wir müssen möglichst eine Wirtschafts- und Sozialisierungskommission bekommen, die Klarheit schafft.

Hafelberg-Mittona: Wer die Geschichte der Programmarbeit der Partei kennt, wird mit dem grundsätzlichen Teil des Programms nur einverstanden sein können. Die kritischen Punkte des Erfurter Programms sind geschickt und glücklich so formuliert, wie die neuere Entwicklung es erfordert. Dagegen scheint es mir bedenklich, daß die Forderung der Erklärung über die Religion zur Privatsache weggelassen ist, da sie prinzipiell richtig war und uns agitatorisch wertvolle Dienste geleistet hat.

Milg-Frankfurt a. M.: Mit einer gewissen Bangigkeit tun viele heute den Schritt in das Neue, Dunkle und Ungewisse. Eine gewisse Behmut des Absehens liegt über uns. Soziologisch gesehen, besteht das Neue darin, daß die arbeitsreiche und unermüdete Analyse von Karl Marx ausgeht und in einem politischen Aktionsprogramm. Ich begrüße, daß unser neues Programm neben den grundsätzlichen Dingen, die dauernden Wert haben, auch ein Aktionsprogramm für die Gegenwart enthält.

Auch in die neue Phase der Verwirklichung des Sozialismus treten wir mit Karl Marx ein, der mit der Freiheit des überlegenen Geistes

## Gruß an die Städtische Oper.

In vier Teilen von H. S.

### I.

Der Zuschauer spricht: Das Haus war todt; nun scheint es gefüllt. Es war kalt, nun weht ein warmer Hauch. Das Haus war lapidar, nun wurde es intim. Ein Parteil, flankiert von dunklen Holzstufen, die Brüstungen der Ränge vorgebaut, den Gesamtton einengend. Vogen mit aufgebautem Fuß weisen auf repräsentative Wünsche. Der Ueberblick von oben ist frei und bequem. Koräume und anregendes Rot der Innenbekleidung wollen mehr Lust als Andachtsstimmung erregen. Das Graußüber der Ränge, in sanfter Lösung wirkungsvoll, entzieht bei voller Beleuchtung den Blick nicht stark genug einem überladenen prunkhaften Rot in der Umarmung der Vogen. Man wird es abdruntheln müssen, um das gar zu Kräftige der Farbe in der Fortführung des Spielraums nicht mit der Intimität einer Oper- oder Operette zusammenprallen zu lassen. Ein wenig verdeckt sei die blauegedante Decke. Diese soldatisch aufgestellten Ränge hatfenpielender Jungfrauen sind als Denoment nicht geschlossen genug, als unilte Dekoration allzu mathematisch. Im ganzen ist eine außerordentliche Besserung des Gesamteindrucks unverkennbar, auch in den freundlich hell getönten Rebenräumen.

### II.

Das Mitglied des Aufsichtsrats, neben- und ehrenamtlich wirkend: Das Haus, lange Jahre ein Stiefkind des Glücks, oft auch ein Stiefkind der Betrachtung, trete nunmehr mit der Stadtoper in einen Ring. Der Maßstab des Urteils werde gesteigert nach dem hochfliegenden Willen und Versprechen der verantwortlichen Leiter. Was in einer Sitzung der Aufsichtsräte gesprochen, gelobt, getadelt werden müßte, finde seinen adequate Widerhall in geschriebenen, gedruckten Worten. Nicht anders verbindet sich Rot und Urteil zum Ausdruck heftiger Ueberzeugung. Sympathie gilt einer Institution, nicht Menschen. Liebe wird das Urteil so wenig beeinflussen, wie eine traditionelle Bewunderung des Hindentheaters jemals vor heftiger Kritik zurückschreckte. Wir wollen schärfer sehen als je, das Starke und Schwache, wie das Schwache und das Kranke. Wir wollen mit Fingern darauf zeigen. Die wirtschaftliche Position der Oper ist eine gute; Intendanz und musikalische Führung werden erweisen müssen, ob künstlerisches Niveau und Prosperität sich die Wagschale halten. Ein erster, ein letzter Wunsch: Arbeit! Ein allerletzte: Werbet froh in eurer Arbeit, Führer und Geführte!

### III.

Der Kritiker spricht: Wartezeit sei gewährt. Nicht in einem einzigen Tag, nicht einem Jahr wirkt sich besser Wille und reines Können aus. Eine Wartezeit, eine Arbeitszeit, in der das Ideal des Ensembles Erfüllung werden soll. Noch fördern große Namen mehr als sie nützen. Einheitspiel sogenannter Prominenter ist ent-

weder unmöglich oder allzu bequem. Es ist keine Leistung, mit der Dnegin, Oshewsta, Wildbrunn Starerfolge zu erzielen. Die Spuren schrecken uns. Erziehung ist notwendig. Hinaufführen der guten Kräfte zu besten. Bruno Walter soll das verstehen, erzählt sich die Welt. Wird er bei einer Erst- oder Uraufführung erweisen, daß er seine Prominenten in der Hand hat, daß sie über lernen, arbeiten, und daß sie nicht bloß zwischen ihren großen Tournen in der Stadtoper Biste machen? Das wäre unerträglich für Stadt und Steuerzahler. Walters kapellmeisterliche Adjutanten werden sich zu bewähren haben. Neben Zwei, der ein Talent ist, Rehen die von Walter ausgeführten Dirigenten Reuß und Dessau. Unbeschriebene Blätter. Es fehlt noch einer, ein starker. Wird Walter ihn rufen, wird er ihn rufen wollen? Er selbst steht am Ziel einer künstlerischen in sich vollendeten Lebensbahn. Mit größtem Respekt sei er begrüßt. Wer es ist, wissen wir. Was er dem Theater bedeuten kann, ahnen wir. Der Intendant Tietzen beharre in seinem Eifer, zu schaffen, zu senken, zu bauen und zu wollen. Wartezeit auch für ihn, auch für das Orchester, das sich langsam ergänzt und erhöht.

### IV.

Eindruck der ersten Aufführung: „Meistersinger“, mit dem kurz angebundenen, wenig tiefgehenden Schippert als Sachs, dem herrlich tragenden Organ von Ripnis (Pogner), der feingeschnittenen Eva-Figur der Lotte Lehmann, dem durchdringend großgewachsenen Tenor von Friß Krauß. Daneben bewegen und bewahren sich einheimische Kräfte gut (Randl, Jador, Werner, Marc-Büders). Keine Einzelheit sei berichtet, weil Einzelheiten auf feinste Art im geschlossenen Gesamteindruck verschwinden. Paulys Inszenierung, im ganzen unausdrücklich, bringt in den ersten Akt ein paar mathematische Sätze, die allzu bewußt die Meistersingerfreiheit anleitet. Bruno Walter betreute das Orchester freihändig, überlegen, höchst delikat gerade in den zarten, frohen und launigen Momenten, sein Differenzierend in den Ueber-gängen und mit breiten Bayreuther Tempi. Es ist wohl nicht seine Schuld, wenn das Orchester, besonders Holz und Blech, noch nicht sehr nobel klingt und die Stimmen gelegentlich deckt. Mathematiker vor, Kapellmeister auf die Ränge! Horcht auf den neuen Klang des Hauses, das aufsticht niemals erstrangig war. Ranges Verbe scheint gemildert, manches Schärfe schon zart geworden. Aber es fehlt noch viel. Ein Anfang ist gemacht. Wird er der rechte sein, der rechte im rechten Geist? Sprechen wir im Meistersinger-Stil: „Scheint mir schon der Rechte!“

Das neue amerikanische Wörterbuch. Der Ruhm des zehnbändigen Oxford Wörterbuchs der englischen Sprache, das vor nunmehr etwa zwei Jahren nach mehr denn vierzigjähriger Arbeit abgeschlossen wurde und auf mehr denn 14 000 Seiten über die Geschichte und Bedeutung von über 400 000 englischen Wörtern berichtet, läßt die Amerikaner nicht schlafen. Sie wollen ein eigenes Wörterbuch der amerikanischen Sprache haben, und haben einen der

bisherigen Mitarbeiter am Oxford Wörterbuch, Professor William A. Craigie, beauftragt, ein solches zu schaffen. Professor Craigie, der bisher an der Oxford Hochschule als Lehrer der englischen Sprache tätig war, hat zu diesem Zweck eine gleiche Professur an der Universität Chicago übernommen, wo er logischer Weise seine neue Aufgabe in Angriff nehmen wird. Dieses amerikanische Wörterbuch wird, wie das Oxford, die Geschichte jedes Wortes und jeder Redewendung von ihrem ersten Vorkommen bis zur Gegenwart verfolgen. Die Beispiele werden ausschließlich amerikanischen Schriftstellern entnommen sein. Es wird indessen keineswegs ein Wörterbuch des „Slang“ oder der bloßen Umgangssprache sein: es soll vielmehr alle jene Wörter umfassen, die in Amerika, aber nicht in England gebräuchlich sind oder dort eine abweichende Bedeutung haben. Natürlich wird es aber viele Wörter enthalten, die im amerikanischen „Slang“ ihren Ursprung haben, doch inzwischen in der amerikanischen Sprache Bürgerrecht erlangt. Die Arbeit an diesem Wörterbuch soll schon im kommenden Winter ihren Anfang nehmen; ein großer „Slang“ ihren Ursprung haben, doch inzwischen in der amerikanischen nischen Modern Language Association, die die Finanzierung des Wortes übernommen hat, ist bereits gesichert und es sind somit alle Bürgschaften gegeben, daß dieses Werk an Wissenschaftlichkeit dem großen Oxford Wörterbuch nicht nachstehen wird.

Theaterzensur in Sowjetrußland. Die Unterdrückung geistiger Freiheit durch die bolschewistische Diktatur macht auch vor dem künstlerischen Schaffen nicht halt. Ein besonderes Zensurkomitee überwacht den Spielplan der staatlichen akademischen Theater in Moskau und hat für die kommende Spielzeit einige Bestimmungen getroffen, die eine einseitige Borniertheit und Angst vor einer Beschädigung echt kommunistischer Gesinnung aufweisen. So darf beispielsweise der „Lohengrin“ von Wagner wegen seines „mythischen Inhalts“ nicht aufgeführt werden. Auch Schillers „Maria Stuart“ wurde verboten, weil es „ein religiöses und monarchisches Werk“ sei. Die Theaterzensur im überrevolutionären Moskau zeigt also eine geradezu groteske reaktionäre Einstellung.

Die Prager Gemäldergalerie im Rudolfsbau weiß darauf hin, daß sie gegenwärtig vom Staat eine geringere Dotation erhält, als ebendem von privater Seite. Entsprechende Schritte bei den maßgebenden Stellen waren vergeblich. Aus Mangel an Ueberkräumen für die vielen zu parlamentarischen Zwecken beschlagnahmten Edele dürfte es zu einer Schließung des Rudolfs-Baues und des Niederländischen Saales kommen.

Fund eines Rubens-Gemäldes. Bei einer öffentlichen Versteigerung in London erstand ein Sammler eine Anzahl Bilder, unter denen sich eins nach der Restaurierung als unzerstörtes echtes, bisher verschollen gemaltes Original des Porträts eines Aristokraten von Rubens erwies, dessen Kopie in der Londoner Nationalgalerie hängt.

Ein Goldader im Fichtelgebirge. In der Gegend von Warmensteinach im Fichtelgebirge ließ man auf Goldgruben, die bei vorgenommenen chemischen Untersuchungen einen durchschnittlichen Goldgehalt von 97 Gramm auf die Tonne aufwiesen. In einem Falle fand man sogar 90 Gramm Gold in einer Tonne Gestein.

Spielplanänderung. Die am Sonnabend angelegte Eröffnung des „Kaufmann von Venedig“ in der Volkshäusne muß wegen eines Unfalls des Herrn Reuß verschoben werden. Die Karten behalten ihre Gültigkeit.

Die Galerie J. Casper, Kurfürstendamm 233, eröffnet die Herbstausstellung am Sonntag, den 30. September, mit einer Kollektion Gemälden von Rudolf Krohne, Berlin.

gesagt hat, er sei nicht Margist. Auf diesem Weg wollen wir mit Florian Geyer sagen: Wer noch neuen Rufen will fahren, muß den Wind von allen Seiten; er kann nicht immer geradeaus fahren. Er darf nur das Ziel nicht vergessen. Wir werden nicht mehr mit großen Worten deklamieren können, aber das hat die Partei schon längst nicht mehr getan, und das neue Programm gibt uns nur das ehrliche Bewußtsein. Wir sind uns ganz klar darüber, daß wir nur Solidarität leisten können in dieser miserabelsten aller Welten. Aber wir werden bei dieser Arbeit unsern Mann stehen! (Beifälliger Beifall.)

**Helbes-Hannover:** Es ist sehr zu bedauern, daß wir nicht wenigstens einige grundlegende Sätze über die Agrarfrage im neuen Parteiprogramm haben. Es fristet im Lande, und es sind Millionen von Bauern für uns zu gewinnen, die teilweise schon 1919 den roten Stimmzettel abgegeben haben. Ohne sie wird die Partei die Macht nicht erringen können.

**Marum-Karlsruhe** bittet, aus dem Programmentwurf den Satz zu streichen, der die öffentliche Beratung der Gerichte bei der Urteilsfindung fordert. Damit soll eine demokratische Kontrolle der Justiz angestrebt werden, aber tatsächlich würden nur die Schöffen und Geschworenen und die Besitzer der gewerblichen Betriebe dem Terror der Reaktion ausgeliefert. Die Forderung sei ebenso unmöglich wie öffentliche Wahlen.

**Löwenstein-Berlin:** Der Satz von der Erklärung der Religion zur Privatsache war irreführend. Er sollte nur bedeuten, daß die religiöse Entscheidung frei sein soll im Gegensatz zum weltlichen Staat. Aber er sollte nicht bestreiten, daß die Religion auf gesellschaftlichen Bedingungen beruht und gesellschaftliche Wirkungen hat. Die neue Formulierung ist viel klarer und besser.

Nun folgt das

### Schlusswort Hilferdings:

Jedem eine prinzipielle Aenderung in unserer Stellung zur Religion war durch die neue und bessere Formulierung in keiner Weise beabsichtigt. (Zuruf: Aber es wird so ausgenutzt werden! — Vorf. Wels: Gelogen wird immer! Heiterkeit.) Die Erklärung, die ich abgebe, dürfte genügen, um alle Bedenken hinwegzuräumen. Noch wie vor überläßt die Partei jedem einzelnen seine Stellungnahme zur Religion und lehnt jede Einwirkung darauf ab.

Die Forderung öffentlicher Beratung bei der Urteilsfindung ist erst in das Programm gekommen, nachdem die Programmkommission durch einen Juristen verläßt worden war. (Heiterkeit.) Als Referent der Programmkommission empfehle ich, auch diese Forderung zu beschließen. Die Frage der Gesundheitspflege müssen wir später noch einmal ausführlich beraten. Anzunehmen bitte ich den Antrag der Frauen, statt vom Recht auf Erwerbsarbeit vom gleichen Recht der Frau auf Erwerb zu sprechen. Die Anträge zum Agrarprogramm bitte ich dem Parteivorstand und der Agrarkommission zu überweisen. Für die Landtagation haben wir jetzt schon den prinzipiellen Antrag unserer Reichstagsfraktion zum Bodenprogramm und die Debatte auf dem letzten Parteitag. Ich möchte aber nicht heute eine Beschlussfassung ohne gründliche wissenschaftliche Vorbereitung. Alle übrigen Anträge bitte ich durch Annahme des Programms für erledigt zu erklären.

Noch ein paar Worte zu den Ausführungen Röllings und Levis. Rölling hat beachtenswerte Gedanken in schöner Form ausgesprochen, aber im Gegensatz zu ihm bin ich

in keiner Abwehrstimmung.

Wir nehmen ja nur die unergänzlichen Grundzüge des Erfurter Programms in neuer Formulierung wieder auf. Wir haben nur das Vereinfachte entnommen und das Unsichere ausgeglichen. Wenn Großsch gemeint hat, wir seien dabei wissenschaftlich genau, ja pedantisch gewesen, so danke ich ihm für das große Lob. Wissenschaft muß gerade genau sein, und das Streben nach Genauigkeit hat auch den Vater des Erfurter Programms geleitet. Er wollte nichts sagen, was nicht vor der historischen Geschichte standhalten konnte, und die Geschichte ist pedantisch wie beste Margisten. So hoffen wir, daß auch das Heidelberger Programm, die Erneuerung des Erfurter Programms, das Schicksal haben wird, daß seine grundsätzliche Analyse durch die geschichtliche Entwicklung der nächsten Jahrzehnte bestätigt wird.

Was Levi gesagt hat, ist mir nicht alles klar geworden.

Wir sind nicht durch eine Wüste gegangen, sondern haben Großes, Unergründliches erlebt.

Auch haben Marx und Engels nie auf dem Standpunkt gestanden, daß eine Arbeitergeneration zugrunde gehen muß. Am wenigsten darf es diese Generation, die so Großes erlebt hat. Wir brauchen diese Generation, damit sie weiter kämpft und die Jugend lehrt, wie man kämpfen soll. (Beifall.) Wenn Levi die revolutionäre Tendenz vermischt, so lediglich deshalb, weil er eine falsche Auffassung von dem Begriff der Revolution hat. Es gibt keinen größeren Revolutionär als das Kapital und seinen notwendigen Widerpart, die Arbeiterklasse. Aber deshalb bleibt auch richtig, was Friedrich Engels 1851 an Eduard Bernstein geschrieben hat: „Es ist besser, nicht so viel Aufwand mit dem Worte Revolution zu treiben.“

Wie müssen vor den großen Phrasen auf der Hut sein.

(Sehr richtig!) Nicht mit dem Worte Revolution, sondern mit wissenschaftlichem Sozialismus werden wir den Kampf der Arbeiterklasse führen.

Levi hat uns unterstellt, wir hätten die Koalition ermöglichen wollen, indem wir eine bestimmte Formulierung des Erfurter Programms über den Klassenkampf gestrichen hätten. Aber was ist das für eine Auffassung von Koalitionspolitik? Den schärfsten Kampf für die Forderungen der Arbeiterklasse müssen die Sozialdemokraten gerade als Koalitionsminister führen, und wenn Koalitionsregierungen die verderbliche Wirkung haben sollten, das Klassenbewußtsein zu schwächen, so kann das nur durch falsche Angriffe auf die Koalitionspolitik oder falsche Verteidigungen eintreten. Levi hat offene Türen eingemacht, wenn er gesagt hat, wir seien mit der bürgerlichen Republik nicht zufrieden. Er muß doch die begrifflichen Unterscheidungen machen, die für den Anfang einer Distinktion über den Staatsbegriff notwendig sind. Demokratie ist eine bestimmte Art, politische Entscheidungen herbeizuführen. Diese Art der demokratischen Republik wollen wir als etwas Absolutes, weil wir in ihr einen ungeheuren Fortschritt gegenüber jeder anderen Staatsform erblicken. Die demokratische Republik ist nun nicht nur die Form des sozialistischen Gemeinwesens, sondern auch die Form des bürgerlichen Staates in der letzten Periode der kapitalistischen Entwicklung. Aber zur Beseitigung des Kapitals ist die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse auf dem Wege der Demokratie notwendig. Darum muß die Linke genau so für die demokratische Partei kämpfen wie wir, und es ist ganz falsch, daß wir uns in unserer Stellung zum Staat unterscheiden. Wenn die Reaktion zu außerparlamentarischen Mitteln greift, stellen wir ihr unsere außerparlamentarischen Kräfte entgegen wie beim Rapp-Bußch. Aber doch nur zu dem Zweck, zum normalen Funktionieren der parlamentarischen Kräfte zurückzuführen. Der Programmentwurf bekundet sich ganz klar zur internationalen Aktion, aber der Weltkrieg hat eine neue Form des Imperialismus hinterlassen. Er hat nicht geendet mit der Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts, sondern mit einer Störung des Gleichgewichts, die verhängnisvoll werden muß, wenn es nicht gelingt, sie im sozialistischen Sinn zu beseitigen. Durch Verbindung mit allen demokratischen und sozialistischen Kräften der Welt muß es uns gelingen,

die Gegenenden gegen den Imperialismus so zu stärken, daß unsere Friedenspolitik nicht Utopie bleibt und verschoben werden muß auf den endgültigen Sieg des Sozialismus, sondern Tagespolitik, d. h. Realpolitik wird.

Diese Entwicklungsmöglichkeiten zu übersehen wäre ein schwerer Fehler. Jedenfalls steht das Programm durchaus auf der Höhe unserer internationalen Aufgaben.

# Der Kufmann-Scandal im Barmat-Ausschuß.

## Das Justizministerium als Ankläger.

Die bereits in unserer gestrigen Morgenausgabe angekündigte Erklärung des Justizministeriums in der Kufmann-Casparz-Sache wurde in der Freitagssitzung des preussischen Barmat-Ausschusses abgegeben. Für den erkrankten Justizminister sprach der Staatssekretär Fröhe. Seine Darlegungen brachten eine völlige und restlose Widerlegung der Leopold-Bacmeister'schen Angriffe. Nichts von dem, was diese Herren in ihren pathetischen offenen Briefen dem Justizministerium vorgeworfen haben, ist wahr. Sowohl in der Höfle-Sache wie auch gegenüber den in der Barmat-Sache beteiligten Staatsanwälten ist das Ministerium völlig korrekt verfahren. Mit Bezug auf das Kufmann-Knosk-Verfahren führte der Staatssekretär aus, er wolle nicht Mitteilungen aus einem schwebenden Verfahren machen, aber wenn Bacmeister-Leopold die bisherigen Ergebnisse des Verfahrens als „äckerlich“ bezeichnete, so würden wohl die Hauptbeteiligten selber erheblich anderer Meinung sein. Die Erklärung des Staatssekretärs machte großen Eindruck, die Rechte sah mit hängenden Köpfen da.

In der Nachmittagsitzung wurde zunächst darüber debattiert, ob der Ausschuh die Erklärung des Ministers zum Gegenstand einer Beweisaufnahme machen sollte. Die Vertreter der Sozialdemokratie erhoben gerade aus dem Gesichtspunkt, daß eine restlose Klärung des Verhaltens der Staatsanwaltschaft notwendig sei, Bedenken dagegen, daß dieser mit anderen Arbeiten überlastete Ausschuh sich auch noch mit dieser Aufgabe befaße. Gerade wenn hier eine unvollständige und sachlich beschränkte Untersuchung stattfände, sei die Sozialdemokratie gezwungen, die Einsetzung eines besonderen Untersuchungsausschusses durchzuführen, der das gesamte Verhalten der Anklagebehörden in den verschiedenen Fällen nachprüfe. Die Mehrheit des Ausschusses wollte jedoch eine gewisse „begrenzte“ Beweisaufnahme zulassen und beschloß denn auch am Schluß der Sitzung, zu Sonnabend die Assessoren Casparz und Kufmann sowie den Regierungsdirektor Weiß von der Berliner Kriminalpolizei zu laden. Wie dieser Ausschuh jemals zu Ende kommen will, wissen die Götter. Er wird bald neben dem sogenannten Ständigen Ausschuh des Landtages als der „Ueberflüssige“ genannt werden.

Zunächst wurden aus dem Kreise des Ausschusses Fragen an den Staatssekretär gerichtet. Damit erreichte der deutschnationale Abgeordnete Deereberg lediglich, daß der Staatssekretär mehr als in seiner ersten Erklärung aus sich herausging und Einzelheiten mitteilte, deren Bekanntheit für die Fragesteller und ihre Schützlinge sehr peinlich sein dürfte. So erfuhr man, daß der Assessor Casparz, der seit Wochen Gott und die Welt in Bewegung zu setzen verucht hat, um sich als die verfolgte Unschuld hinzustellen, und damit zunächst sogar einigen Eindruck auf linksstehende Kreise gemacht hatte, keineswegs so harmlos ist als er es glauben lassen möchte. So hat er seinerzeit den Oberstaatsanwalt nach gründlicher Prüfung des ihm von Casparz unterbreiteten Materials abgelehnt. In seiner Wut über diese Abfuhr verlegte sich nun Casparz seinem Vorgesetzten gegenüber zu der Drohung, er würde eben zu der Eröffnung dieses Verfahrens genötigt werden!

Diese deutliche Anspielung auf einen Pressefeldzug, wie er bereits so erfolgreich von der rechten Seite in der Barmat-Sache inszeniert worden war, läßt den dringenden Verdacht aufkommen, daß Casparz an der fortgeschrittenen Veröffentlichung von amtlichem Material nicht unbeteiligt gewesen sein dürfte. Diese Vermutung ist um so plausibler als bekanntlich die Verleumdungsgesetze Knosk-Kufmann auf einen Feldzug gegen die Deutschen Werte mit Hilfe von gestohlenen Akten in Vorbereitung hatte. Bei alledem ist Casparz im Vergleich zu Kufmann zweifellos der harmlosere.

Des weiteren erwähnte der Staatssekretär, daß Casparz von der geplanten Verhaftung des Justizrats Berthauer nicht einmal den mit der Sache Ratischer betrauten Untersuchungsrichter

Dr. Schneider benachrichtigte, wohl weil dieser der Ansicht war, daß Berthauer noch weniger in der Sache belastet scheine, als sein eben aus der Haft entlassener Sojus Engelbert. Ein sehr ungünstiges Urteil des Oberstaatsanwalts Sehe über Casparz trug der Staatssekretär einstweilen nicht vor.

Die Deutschnationalen hatten große Entrüstung markiert, als der Staatssekretär Fröhe erwähnt hatte, daß er vor dem kriminalpolizeilichen Vorgehen gegen die beiden Assessoren und ihre „journalistischen“ AAR-Bundesgenossen den Landtagsabgeordneten, Genossen Ruttner, im Justizministerium empfangen hatte. Demgegenüber stellte der Staatssekretär Fröhe nachdrücklich fest, daß Ruttner

nicht den geringsten Versuch einer Beeinflussung

unternommen habe. An dem Teil der Unterredung, in dem Fröhe mit Weiß das weitere Vorgehen dienstlich besprochen habe, habe jedoch Ruttner nicht mehr teilgenommen.

Genosse Kuffner bestätigte die Darstellung des Staatssekretärs, ergänzte sie aber durch die Mitteilung, daß er in der ganzen Angelegenheit die Rolle der angezeigten Person gespielt habe. Er habe Material, das strafbare Handlungen gewisser Personen erkennen ließ, den Behörden zur Strafverfolgung zugeleitet, wie das Recht und Pflicht jedes Staatsbürgers sei. Nicht die Behörden hätten ihm, sondern umgekehrt er den Behörden Material geliefert. Ebenso wenig sei es richtig, daß der „Vorwärts“ beschlagnahmte Schriftstücke habe veröffentlicht können, vielmehr sei der „Vorwärts“ ebenfalls im Besitze dieses Materials gewesen und habe lediglich die Veröffentlichung bis zu dem Zeitpunkt zurückgehalten, in dem diese das Vorgehen der Strafverfolgungsbehörden nicht mehr stören konnte. (Besonders das letztere konnte der Kommunist Partei absolut nicht begreifen!)

Die Kufmann und Casparz fanden außer bei den deutschnationalen und kommunistischen Abgeordneten noch einen recht unerwarteten Beschützer in der Person des demokratischen Abgeordneten Ruchte. Herr Ruchte, der seit Beginn der Barmat-Affäre eine recht eigentümliche Stellung einnimmt, die das Bestreben seiner eigenen Fraktion schon wiederholt hervorgerufen hat, zumal er sich dabei offenkundig durch persönliche Vereinnahmung leiten läßt und damit fortgesetzt die Treibereien der Reaktion fördert, richtete an den Staatssekretär Fröhe in höchst aggressiver Tonart eine Reihe von Fragen, die nicht anders aufgefaßt werden konnten, als eine Stellungnahme zugunsten von Kufmann und Casparz. Da er dabei auch Spitzeln gegen den Genossen Ruttner richtete, plagte nun dieser mit einer Reihe von Fragen an das Justizministerium heraus, die Aufsehen erregende Enthüllungen über den Kufmann-Scandal enthielten. Aus diesen Fragen entnahm man u. a., daß die Intimität zwischen dem Assessor Kufmann und dem unter falschem Namen lebenden deutschnationalen „Journalisten“ Knosk-Klausung so weit ging,

daß dieser aus dem Amtszimmer des Kufmann amtliche Schriftstücke mit der Schreibmaschine abschreiben

durfte (angeblich während dessen Abwesenheit). Diese amtlichen, gebelmen Schriftstücke, vor allem der Kammergerichtsbeschluss in Sachen Barmat, fanden auf diese Art den Weg in die „Deutsche Zeitung“. Auch aus dem preussischen Ministerium des Innern habe sich der Knosk mit Hilfe eines ungetreuen Beamten Abschriften von Schriftstücken verschafft!

Der Staatssekretär Fröhe lehnte die Beantwortung dieser Fragen, die materiellen Gegenstand der schwebenden Ermittlungs- und Disziplinarverfahren bilden, ab. Bei der Brechnung der beschuldigten Assessoren wird man aber vermutlich über diese Dinge weitere Klarheit erhalten. Indessen erscheint uns die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Prüfung dieses Justizskandals unerlässlich, wenn der sogenannte Barmat-Ausschuh, der bereits seine 48. Sitzung abgehalten hat, jemals zu Ende seiner ebenso konfus wie unfruchtbar Beratungen gelangen soll.

Und nun bitte ich Sie, es möglichst einstimmig anzunehmen. Es läßt die Resultate der bisherigen Entwicklung so zusammen, daß wir wieder hinausgehen können und den Massen sagen, wofür wir kämpfen, daß wir insbesondere auch der Jugend sagen können, wie sie sich würdig erweisen kann der Arbeitsmühen und Leiden der vergangenen Arbeitergeneration.

In der Abstimmung wird der Antrag Marum auf Streichung der öffentlichen Beratung bei der Urteilsfindung mit großer Mehrheit angenommen. Im übrigen wird gemäß den Anträgen des Referenten entschieden und der Programmentwurf selbst gegen wenige Stimmen gutgeheißen. (Beifälliger Beifall.)

Nun haben Mitglieder der Mandatsprüfungskommission folgende Erklärung zum Fall Bauer vor: Die Angelegenheit Bauer ist an Hand des gesamten Materials, auch der Gründe, aus denen das Schiedsgericht zu seinem Freispruch kam, behandelt worden. Ein Grund, Bauer zu diesen von ihm selbst anerkannten Feststellungen zu hören, lag nicht vor. Ebensowenig wie das bei anderen Beschwerdefällen ohne Beanstandung des Parteitag geschahen ist. Die Kommission verwahrt sich gegen die Art der Behandlung dieser Angelegenheit durch den Parteitag und legt ihr Mandat in die Hände des Parteitages zurück.

Der Parteitag nimmt diese Erklärung zur Kenntnis, ebenso eine Erklärung der sächsischen Delegation, in der dargelegt wird, warum sie der Sachsenkommission von ihrer Erklärung keine Mitteilung geben konnte; sie sei in der Beratung über jene Erklärung unterbrochen worden durch die Aufforderung, sofort in das Plenum zu kommen, weil die Sachsenfrage verhandelt werde. Damit sind die Arbeiten des Parteitages erledigt.

### Wels

spricht zunächst unter lebhaftem Beifall des Parteitag den badischen und insbesondere den Heidelberger Genossen den Dank für ihre Unterstützung der Arbeiten des Parteitages und die herzliche Aufnahme der Delegierten aus. Er gibt dann der Hoffnung Ausdruck, daß die kommenden Landtagswahlen in Baden der Sozialdemokratie den gewünschten Erfolg bringen werden.

Die Partei hat sich in imponierender Geschlossenheit zur Mitarbeit an dem republikanischen Staat bekant. Dieser Staat, geschaffen von unserer Hand, unter Staat, soll ein wahrer Volksstaat werden. Wir sind gewillt, diesen Staat, in dem wir leben und wirken, nicht nur zu schützen und zu führen, sondern ihn so auszubauen, daß er zu einer Heimstätte wird für alle, die wir mühselig und bebden sind. Die Demokratie ist unser Weg, der Sozialismus unser Ziel! (Beifälliger Beifall.) Das Programm, das wir heute beschlossen haben, wendet sich an alle die, die sich aus dem kapitalistischen Zwangsstaat hinausheben in einen Staat, der allen seinen Kindern Leben und ein erträgliches Dasein sichert, der die Segnungen der Kultur zum Gemeingut aller macht, die durch ihre Arbeit diese Kultur schaffen helfen. (Beifälliger Beifall.)

In ruhiger Stellungnahme zu den Problemen der europäischen Politik haben wir uns dazu bekant, daß es gilt, den Hof abzubauen, die Völker zu gemeinsamer Arbeit für den Frieden zu verbinden. Bei der Stellungnahme zur inneren Politik hat der Parteitag eine erfreuliche Einmütigkeit gezeigt, wie wir sie auf unseren Parteitagen noch selten konstatieren konnten. Der An-

schlag der Reaktion auf die Entwicklung des Schulwesens findet die Partei in geschlossener Abwehrform. Der Klassenkampf ist eine historische Notwendigkeit und eine sittliche Pflicht. Wir dürfen uns nicht durch das Vergangene den Blick trüben lassen für die Aufgaben der Gegenwart und das große Ziel. Meinungsverschiedenheiten, auch starke persönliche Gegensätze hat es immer in der Partei gegeben. Der Bericht der Sachsenkommission hat aber gezeigt, wie der Weg ausliegt, auf dem unsere Parteigenossen bestehende Differenzen schlichten müssen. (Sehr gut!) Wir Sozialdemokraten, die wir die internationale Verständigung erstreben, wollen auch keinen Anstößen in der eigenen Partei. (Sehr gut!) Deshalb die Stirn empor und den Blick in die Zukunft! Die heilige Ursache, von der hier die Rede war, soll uns alle erfüllen, wenn wir durch das Geschrey der Gegenwart den Weg zur Freiheit und zum Sozialismus bahnen! (Beifälliger Beifall.)

Zur, Sozialisten, schließt die Reichen! Es lebe die Internationale! Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Die Delegierten stimmen in das Hoch ein. Mit dem Gesang des Sozialistenmarches schließt der Parteitag.

### Hergt erklärt . . .

Wie lange soll das Schauspiel noch dauern?

Mit einem wahren Aufatmen hat die „Tägliche Rundschau“ von den abgewandten Kommentaren der „Nachtausgabe“ des „Tag“ zu der Dresdener Entscheidung der Deutschnationalen Disfachsens Kenntnis genommen. Dabei waren die darin aufgezählten Bedingungen der Deutschnationalen Parteileitung keineswegs so beruhigend, denn sie würden, wie die „Germania“ mit Recht bemerkt, eine Pattkonferenz unmöglich machen. Indessen dürfte die Erholung der Deutschen Volksparteier von ihrem Schreck nur von kurzer Dauer gewesen sein. Hergt selbst rückt nämlich jetzt in einer von der „Telegraphen-Union“ verbreiteten Erklärung von den Kommentaren der „Nachtausgabe“ ab:

„Aus Anlaß des Vortrages, den ich am 15. d. Mis. in Dresden auf dem Delegiertentage der Deutschnationalen Landesverbände Sachsens gehalten habe, wird in verschiedenen Zeitungsartikeln der Versuch gemacht, meine eigene Stellungnahme zu den schwebenden außerpolitischen Fragen teilweise bis ins einzelne darzulegen. Diese Darlegungen beruhen lediglich auf Kombinationen oder geben nur die Auffassung des betreffenden Verfassers wieder. Ich selbst bin der Ansicht, daß ein einzelner nicht durch vorzeitige Veröffentlichung einer persönlichen Stellungnahme der offiziellen Entscheidung der Gesamtpartei und ihrer Führung, die bekanntlich Anfang der nächsten Woche erfolgen wird, vorgreifen soll.“

Wiso bleibt es bei dem Wortlaut der Dresdener Resolution. Es fragt sich nur, bis wann.

# Gewerkschaftsbewegung

## Passive Resistenz bei der Eisenbahn.

Im Bezirk Sachsen hat die Unzufriedenheit der Eisenbahnarbeiter zu schweren Verkehrsstörungen geführt. In Dresden sind nicht weniger als 50 fällige Güterzüge nicht abgefertigt worden, wodurch die Gleise verstopft sind. Die Dresdener Eisenbahnverwaltung hat nun selbständig Lohnerböhrungen angeboten, um die Störung zu beheben. Die Haltung der Zentralverwaltung der Reichsbahn ist noch nicht geklärt. Der Schiedspruch in der Eisenbahnerfrage ist bis heute noch nicht für verbindlich erklärt worden. Die Reichsbahngesellschaft, noch mehr aber das Publikum, würde staunen, wenn die Eisenbahner überall die von der hohen Bureauplatz herausgegebenen Verordnungen streng befolgten. Der Verkehr käme einfach zum Stillstand.

## Reichsbahnmethoden.

Wemar, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Seit einiger Zeit werden auf den verschiedenen Stationen, so auch in Weimar, planmäßig Berufs Fremde Leute auf der Eisenbahn ausgebildet. Diese Leute, meist Studenten und Personen aus dem Kaufmannstande, machen in der Regel eine 14tägige „Ausbildung“ durch und werden danach wieder entlassen, um anderen, anscheinend von der Reichsbahn durch Vermittlung von Leuten Platz zu machen. Diese Leute werden nicht nur im Fahrdienst, sondern auch in allen Zweigen und Abteilungen der Reichsbahn beschäftigt. Daß die Erziehung der Eisenbahner über die von der Reichsbahngesellschaft geübte Methode sehr groß ist, erscheint mehr als verständlich, um so mehr, als mit aller Deutlichkeit hervorgeht, daß es sich hier um eine planmäßige Ausbildung von Streikbrechern handelt, die im Bedarfsfalle schnell herbeigeholt werden sollen.

## Schiedsprüche im Baugewerbe.

### Scharfmacherei der Unternehmer.

Bei Abschluß der großen Lohnbewegung Ende August vereinbarten die Parteien des Baugewerbes, daß alle bis zum 31. Oktober d. J. noch entstehenden Lohnbewegungen vor eine Zentralentscheidungsstelle kommen sollen, sofern in bezüglichen Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt wird.

Diese Einigung wird von den Bauunternehmerverbänden im Auftrage der Industrie planmäßig hintertrieben. Lohnerböhrungen werden verweigert mit der Begründung des „kommenden Preisabbaues“. Die Löhne in der Industrie und die der Staats- und Gemeindegewerkschaften werden gegen die Löhne der Bauarbeiter, besonders gegen die Hilfsarbeiterlöhne ausgespielt. Unberücksichtigt läßt man die besonderen Verhältnisse des Baugewerbes als Saisongewerbe usw. Diese scharfmacherische Einstellung führte bereits wieder zu großen Lohnkämpfen in Ostpreußen.

Am 16. und 17. September hatte die Zentralentscheidungsstelle über die Löhne für Ostpreußen, Provinz Hannover, sowie die Freistaaten Braunschweig und Thüringen zu entscheiden. Besonders schwierig waren die Verhandlungen für Ostpreußen. Die Unternehmer aus dieser Provinz kündigten ihre Vaterlandsliebe, ihre Liebe zum Reich für den Fall, daß eine Lohnerböhrung auferlegt werde. Sie heulten wie kleine Kinder über eine angeblich schlechtere Behandlung als die Unternehmer im übrigen Reichsgebiet, obwohl in Ostpreußen die schlechtesten Löhne gezahlt werden.

Für alle vier oben genannten Gebiete wurden Einzelschiedsprüche gefällt. Sie bringen für die Facharbeiter für Hannover und Thüringen in der Spitze 5 Pf., für Braunschweig und Ostpreußen 2 Pf. Lohnerböhrung; für Bauhilfsarbeiter für Hannover und Thüringen in der Spitze 2 Pf., für Braunschweig und Ostpreußen nichts. Die Tiefbauarbeiterlöhne bleiben in allen vier Gebieten auf dem bisherigen Stand bestehen. Lehrlingslöhne und besondere Entschädigungen werden wie bisher gezahlt. Die Löhne gelten bis 30. November 1923. Die einzelnen Bezirksverbände werden nun zu den Schiedsprüchen Stellung nehmen. Erklärungsfrist ist der 23. September.

## Verbandstag der Tabakarbeiter.

Der dritte Verhandlungstag begann mit einem Bericht von Clement-Breslau über den Gewerkschaftstages. In der Debatte trat Becker-Leipzig besonders lebhaft für die Industrieorganisation ein und kritisierte in starken Ausfällen die Haltung des Gewerkschaftstages gegenüber den Bestrebungen zur Vereinigung der Amsterdamer und Moskauer Gewerkschaften. H. Jung-Bremen antwortete Becker: „Daß wir eine Industrieorganisation für das Tabakgewerbe schaffen wollen, darüber sind wir uns längst einig, es muß aber noch die Frage der Organisationszugehörigkeit der in unseren Betrieben beschäftigten Metall- und anderen Arbeiter gelöst

werden. Eine Industrieorganisation zusammen mit der übrigen Genussmittelindustrie kommt für uns aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen nicht in Frage. Unsere Stellungnahme ist also kein Angstprodukt der Bonzen, sondern das Resultat nüchternen Ueberlegungs.“

Rörpel entbietet zunächst die Grüße des Bundesvorstandes des ADGB und wendet sich dann gegen die Ausführungen Beckers, der dem ADGB die Nachahmung der Methoden der englischen Gewerkschaften empfohlen hatte. Man rede so viel von Einheitsorganisation mit dem Hinweis auf England, vergißt aber dabei, daß England selbst eine zentrale Organisation nicht kennt. Deutschland hat 40 freie Gewerkschaften, England dagegen nahezu 2000. Die Motive, die England veranlaßt haben, Anschlag an Russland zu suchen, liegen im Streben, neue Absatzmärkte für England zu erschließen, damit die Arbeitslosigkeit gemildert werden kann. Im übrigen werden ja nach dem Bericht der englischen Delegation die russischen Methoden abgelehnt. — Deichmann erklärt, daß man auch in der Frage der Industrieorganisation natürlich mit der Entwicklung gehen müsse, wenn man die Interessen der Arbeiter wahrnehmen wolle. Der von Deichmann gestellte Antrag, den Beschlüssen des Gewerkschaftstages zuzustimmen, wurde gegen vier Stimmen angenommen.

Rörpel hielt einen instruktiven Vortrag über „Arbeitsrecht und Betriebsrätearbeit“. Nach dem Referat Rörpels wurden die Leipziger Anträge auf Anschluß des Verbandes an die IAB (Internationale Arbeiterhilfe) und Entsendung einer Studienkommission nach Russland abgelehnt. Ebenso erging es dem Antrag, den Sitz der Verbandseitung von Bremen nach Berlin zu verlegen.

In der Nachmittags Sitzung erstattete Gerloff-Dresden den Bericht über den Internationalen Tabakarbeiterkongreß, der am 3. August in Brüssel tagte. Anwesend waren 27 Vertreter aus 12 Ländern. Nach dem Bericht haben sich in den Jahren von 1921 bis 1925 Bulgarien, Tschechoslowakei, Polen, Schweden, Norwegen und Frankreich der Tabakinternationalen angeschlossen. Deichmann-Bremen stellt fest, daß ein Antrag Russlands auf Aufnahme in den Internationalen Tabakarbeiterverband nicht vorgelegt hat und auch jetzt noch nicht vorliegt. In der Abstimmung wurden die Beschlüsse des Internationalen Tabakarbeiterkongresses einstimmig angenommen.

## Verbandstag der Böttcher.

Am Donnerstag wurden zwei Entschlüsse angenommen, denen besondere Bedeutung zukommt. Die eine Entschluß besaß sich mit der Organisationsfrage; sie bestimmt, daß ein Uebertritt zu einer Industrieorganisation nur dann erfolgen kann, wenn die Gewähr gegeben ist, geschlossen und als selbständige Sektion überzutreten. Der Verbandsvorstand wird beauftragt, nur in diesem Sinne eventuelle Anschlußfragen zu behandeln. Die zweite Entschluß nimmt Stellung zur Antialkoholbewegung. Sie verurteilt den Mißbrauch des Alkohols, wendet sich aber zugleich gegen die jeder Grundlage entbehrende Agitationsweise der Abstinenten, die nicht den Mißbrauch des Alkohols bekämpfen, sondern die vollständige Trockentlegung Deutschlands nach amerikanischem Muster erstreben. „Der Verbandstag“, so heißt es weiter, „protestiert mit aller Entschiedenheit dagegen, daß diese Bestrebungen von Regierungen, welche verpflichtet sind, die persönliche Freiheit zu schützen, unterstützt werden. Der Verbandstag bedauert, daß Vertreter der Arbeiter in den Parlamenten unter Vernehmung der Tatsachen zum Schaden der in der Alkoholindustrie beschäftigten Arbeitnehmer, von denen es mehr denn 200 000 gibt, die Antialkoholbewegung über das notwendige Maß unterstützen. Der Verbandstag verlangt von den Delegierten, daß sie mehr wie seit jeher das Treiben der Abstinenzler beachten und dessen schädliche Auswirkungen mit allen Mitteln bekämpfen.“

## Augen rechts!

### Bei der Reichsbahn.

Der „Vorwärts“ war die einzige Zeitung, die auf den albernen Erlaß der Reichsbahndirektion Berlin hinwies, in dem dem gesamten Personal, Beamten wie Arbeitern, Anweisung gegeben wurde, wie sie sich den Herren Vorgesetzten gegenüber zu verhalten haben. Man hat sich, je nach Temperament, über die sinnliche Anordnung teils lächelnd, teils den „Bauch voll Jörn“ hinweggesetzt und angenommen, daß die in Frage kommenden Stellen Direktoren zu tun haben, als militärische Spielereien zu provozieren. Weit gefehlt! Der Vorstand des Betriebsamts 5 Berlin, Görlitzer Bahnhof, erläßt folgende Anordnung:

Berlin, den 14. August 1923.

In alle Dienststellen des Bezirks.

— je besonders —

Trotzdem erst vor kurzer Zeit durch Amtsblattpublikation Nr. 773/25 allen Bediensteten nahegelegt werden ist, wie sie sich im Dienst . . . den Vorgesetzten gegenüber zu benehmen haben, muß ich doch täglich die Beobachtung machen, daß die gegebenen Anweisungen wenig oder gar nicht befolgt werden. Hauptsächlich kommen hierbei die Bahnsteigschaffner in Frage. Geht ein Vorgesetzter durch die Bahnsteigsperre, so kann man fast immer beobachten, daß derselbe vom Schaffner fast kaum beachtet wird (sollte man so etwas unter Hindenburg für möglich halten!), trotzdem die Amtsblattpublikation klar vorschreibt (na also!), wie sich der Bahnsteigschaffner in diesem Falle zu verhalten hat. (Etwas mehr Haltung, zum Donnerweiter!) Es gewinnt den Anschein, als wenn die Bediensteten mit dem Inhalt der genannten Verfügung nicht vertraut gemacht worden sind.

Schmerzte, daß Befehlungen an das Personal in dieser Hinsicht nunmehr unverzüglich erfolgen werden. (Mit praktischen Vorführungen.)

Sollte ich wider Erwarten immer noch auf Nichtbeachtung stoßen, so muß ich weitere Maßnahmen gegen die Schuldigen ergreifen. gez. Warsteiner.

Beglaubigt: Ratsschle, Eisenbahn-Obersekretär.

Diese Anordnung des Vorstandes des Betriebsamts 5 gehört zu den Kundgebungen, die sich im „Lachen links“ ausgezeichnet ausnehmen würden. Man stelle sich vor: Der Herr Vorgesetzte, Behaltungsgruppe 7, geht durch die Bahnsteigsperre. Der Bahnsteigschaffner knipst die Fahrkarten derer, die die Herren bis hinauf ins Direktorium bezahlen. Der Schaffner grüßt weder Müller noch Schulze.

Da aber nicht der Herr Vorgesetzte. Was tut der Bahnsteigschaffner? Steht er stramm, die eine Hand an der Schirmmütze, die andere an der Hosennaht? Nein! Er knipst leerenhändig weiter die Karten von Schulze und Müller. Nur lässig, mit einem Nicken des Kopfes, grüßt er den Vorgesetzten aus Gruppe 7 oder 11. „Der selbe“ wird vom Schaffner „fast kaum beachtet“.

Haben wir deshalb Hindenburg gewählt? Fördern wir deshalb die nationalen Frontstahlbahnen? Um von so einem gottverdammten Untergebenen aus Gruppe 3 „fast kaum beachtet“ zu werden!

Man munkelt allerlei, daß die Reichsbahngesellschaft die Absicht habe, noch weitere Beamte abzubauen. Uns will scheinen, daß mit vorstehender Anordnung zwei Prachtexemplare den Nachweis erbracht haben, daß sie sehr viel überflüssige Zeit haben, die sie dazu verwenden, die anderen Leute zu stechen.

## Zum Gehaltsstreik im Bankgewerbe.

Wie uns der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten in Ergänzung der in der gestrigen Morgennummer gebrachten Notiz über das negative Ergebnis der Nachverhandlungen im Reichsarbeitsministerium mitteilt, haben die freigewerkschaftlich organisierten Bankangestellten diesen Nachverhandlungen von vornherein sehr skeptisch gegenübergestanden. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten lebte es daher auch ab, lediglich aus agitativen Rücksichten nochmals an das Reichsarbeitsministerium zu appellieren, nachdem der Schiedspruch vom 27. August Gehaltserhöhungen im Bankgewerbe mit Rücksicht auf die Preisabbaupolitik der Reichsregierung ablehnte. Solche Schritte überläßt die freigewerkschaftliche Organisation des Bankgewerbes dem Deutschen Bankbeamtenverein, der der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaftsrichtung angehört und dessen Mitglieder immer noch alles Heil von Schlichtungsverhandlungen und Anrufung des Reichsarbeitsministers erwarten.

Die freigewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer des Bankgewerbes haben längst erkannt, daß sie von diesem Arbeitsministerium keine Besserung ihrer Lage erwarten können, besonders aber nicht so lange, wie von dieser Regierung abhängige Regierungsorgane zu Schlichtern bestellt werden, die angewiesen sind, sogar einen Ausgleich der tatsächlich eingetretenen Steigerung der Lebenshaltungskosten abzulehnen damit keine Gefährdung des angeforderten Preisabbaues eintritt — an den niemand glaubt, wahrscheinlich Reichsminister Luther und sein Kabinett selber nicht.

## Lohnkampf im Glasergerber.

Die Glaser haben die Forderung einer Lohnerböhrung von 20 Proz. gestellt. In der Verhandlung am 17. September lehnten die Unternehmer jede Lohnerböhrung ab mit der Begründung, das Gewerbe könne eine weitere Erhöhung der Löhne nicht tragen. Die Teuerung wäre durch den bisher gezahlten Lohn schon mehr als ausgeglichen. Obwohl von der Lohnkommission der Gehilfen durch Zahlen nachgewiesen wurde, daß letzteres nicht zutrifft, ferner das Gewerbe die Preissteigerung des Glases (15 Proz. am 10. September) doch auch „tragen“ kann und kein Beruf des Baugewerbes so Saisonverursachung ist wie der der Glaser (im Jahresdurchschnitt 40 Proz. Arbeitslose), lehnten die Unternehmer trotz langer Verhandlung jede Lohnerböhrung ab. Am Schlusse der Verhandlung erklärten sie, wenn sich die Teuerung im Oktober weiter auswirke, wären sie bereit, im Oktober noch einmal zu verhandeln. Die Lohnkommission hat die Unternehmer nicht im unklaren darüber gelassen, daß die Glasergehilfen sich das nicht bieten lassen. Die Mitgliederversammlung am Montag wird weitere Beschlüsse fassen.

Der Streik der hessischen Gemeindegewerkschaften im Wirtschaftsgebiet Frankfurt a. M. ist nach einem Nachgeben des Arbeitgeberverbandes zugunsten der Forderungen der Arbeiter zeitlos beendet. Auch in Darmstadt mußte die Stadtverwaltung nach halbtägigem Streik die berechtigten Forderungen anerkennen und sämtliche Entlassungen zurücknehmen. Die Arbeit wurde sofort wieder aufgenommen.

Bauerngewerkschaft, Tagung der Glaser, Montagabend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Stellungnahme zur Abkündigung der Lohnverordnungen.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Salfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Glaser; Sozialdemokratie: A. B. Fischer; Sozialismus und Sozialpolitik: Erik Kasper; Sozialpolitik: E. B. Glaser; Internationales: Berlin; Berlin: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt, Berlin, E. B. Berlin G. m. b. H., Lindenstraße 1. Hierzu 1 Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und „Jugend-Vorwärts“.

# TEEKANNE

ob Gold, Rot, Blau, Schwarz oder Braun, stets kannst Du dieser Marke traun

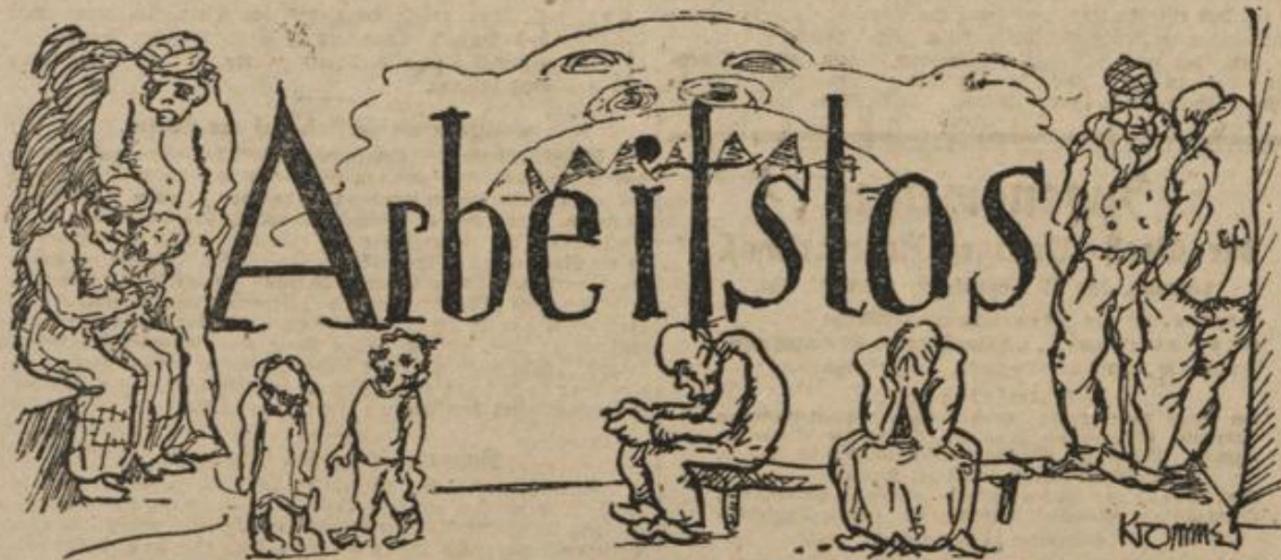
**TEEKANNE Gold**  
hochedel und vornehm  
die Kaiserin-Teemischung  
in höchster Vollendung  
einzig dastehende Teemischung  
höchster Güte und unermittelt  
ergiebige, im Verbrauch nicht  
teurer als Mittelorten.

**TEEKANNE Rot**  
gehaltvoll, aromatisch, die reine  
Indo-Ceylon-  
Teemischung feinsten Auslese,  
bei leichtem Aufguss ohne, bei  
kräftigen mit Sahne zu empfehlen.

**TEEKANNE Blau**  
kalt blühend nicht auf  
regend, die sogenannte  
Russische Tee-Mischung,  
besonders geeignet für die Zubereitung  
im Samowar,  
da auch bei längerem Zie-  
hen nicht bitter werdend.

**TEEKANNE Schwarz**  
kräftig, ruffig dem  
englischen Geschmack  
entsprechend,  
besonders geeignet zum  
Genuss mit Milch oder  
Sahne als Frühstück-,  
Getränk.

**TEEKANNE Braun**  
herzhaft und angenehm  
Die Teemischung  
für die Familie,  
auch bei dauermem Genuss  
keine Geschmacksermüdung

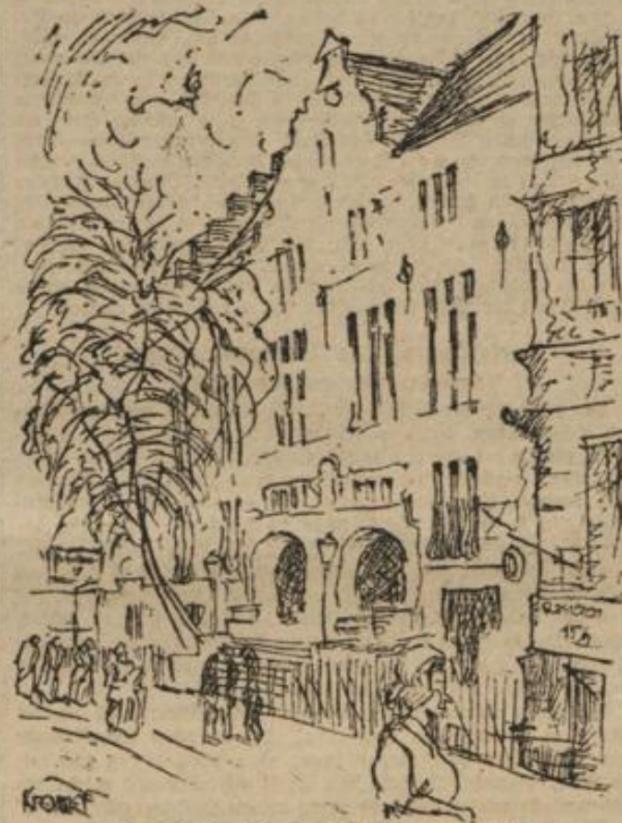


Von früh an ist die „Gormannstraße“ belebt, trotzdem sie nicht im Geschäftsviertel liegt. Die Häuser sind niedriger als sonst in Berlin, zwei-, höchstens dreistöckig, man sieht dort wenig Geschäfte, nur an den Straßenecken liegen ein paar Gastwirtschaften, die das Schild einer bekannten Brauerei tragen. Aber ungefähr in der Mitte der nicht zu langen Straße erhebt sich ein großes, rotes Backsteingebäude im Stile der Berliner Gemeindeschulen. Hierhin wandern die meisten Menschen. Viele haben es eilig, sie suchen so schnell wie möglich vorwärts zu kommen und sind froh, wenn sie andere überholen, einige lassen sich Zeit, sie bleiben zuweilen stehen und hören sich den Ausschreier an, der fünf Kopierstifte für einige Pfennige verkaufen will, machen Witze und beschäftigen sich mit ihren Zigarettenstummeln. Manche aber gehen mit scheuem Schritt vorüber, sie haben den Hut tief in die Stirn gezogen, sie möchten nicht erkannt werden. Man sieht es ihnen an, daß dieser Gang ihnen schwer ist. Als ob sie sich im geheimen schämen. Alle Jahresklassen sind unter diesen Wandern zu finden. Jungen, die eben die Schule verlassen, und alte, müde Männer und geborene Siegernaturen, die Widerwärtigkeiten schnell überwinden. Und sie alle gehen in das große rote Gebäude hinein, sie alle suchen ein einziges Gut: Arbeit. Der städtische Stellennachweis soll sie ihnen vermitteln; alle hegen die Hoffnung, daß sie diesen Gang zum letztenmal gehen, und daß ihnen der heutige Tag die ersehnte Stellung schaffen würde. Sie gehen wie zu einer Lotterziehung, aus der auch ihnen ein Treffer zusallen kann.

### Das Zentrum des Arbeitsmarktes.

Hier in der Gormannstraße liegt das Zentrum des Arbeitsmarktes, hier konzentriert sich Nachfrage und Angebot, hier kann man am klarsten erkennen, wieviel Arbeitskräfte in Berlin unbenutzt liegen. Vor dem Hause liegt so etwas wie ein Garten. Im Vordergrund sind die Zimmer der Verwaltung und der Nachweis für Metallarbeiter und Jugendliche. Dann geht es durch einen finsternen Gang, der unwillkürlich an den Dante'schen Bers: „Ihr, die ihr eintretet, laßt alle Hoffnung hinter euch!“ erinnert, nach den hinteren Gebäuden, in denen die Nachweise für Handwerker, Transportarbeiter, Bäcker, Fleischer und ungelernete Arbeiter untergebracht sind. Ständig kommen und gehen Menschen. Manche halten einen Zettel in der Hand und sehen sich bereits im Besitz der Stellung. Auf dem Hof stehen Gruppen und unterhalten sich. Überall gedrängte Gesichter, überall dasselbe: großes Angebot von Arbeitskräften und wenig Nachfrage. Wird es noch schlimmer werden? In der Kantine, in den Sälen und auf dem Hof spricht man darüber. Manche sind unbedingte Optimisten, die bestimmt behaupten, daß die Zustände sich bessern müßten. Andere haben alle Hoffnungen begraben. Was ist zu tun? Man muß warten. Und alle warten. Sie sitzen auf den Bänken, die an der Wand der Säle entlanglaufen oder

sehen zum Fenster hinaus und warten. Es ein Angebot einläuft. Viele zeigen Geduld und Ergebung in ein unentzerrbares Schicksal, viele werden nervös, gehen herum, verlassen den Saal, kommen sofort wieder und verbrennen beinahe vor schwer gezügeltem Ungeduld. Dann kommt das Angebot irgendeiner Firma, Kenner lehnen es ab, sie wissen, daß dort wenig zu holen ist, ein Reuling nimmt es freudig an und hofft als erster dort zu sein, die anderen schüttelei über ihn den Kopf. In allen Sälen die gleiche Atmosphäre der Erwartung und Spannung. Wägen die Menschen, die sich hier zufällig treffen



Der Nachweis in der Gormannstraße

und sich vielleicht nie mehr sehen werden, noch so verschieden sein, sie bilden trotzdem in den Stunden, in denen sie zusammen sind, eine einzige Familie, die große Familie der Arbeitslosen. Alle, die hier versammelt sind, sehen das Schreckgespenst der Not vor sich, woher sie auch stammen und welche Unterschiede sich rein menschlich zwischen ihnen austun mögen.

### Die Wartenden.

Da gibt es Stammgäste, die nicht glücklich sind, wenn sie nicht monatlich einmal die Stelle wechseln können, sie werden durch nichts peinlich berührt, sie stehen lachend herum, unterhalten sich und wissen genau, daß auch sie einmal an die Reihe kommen, sie treten mit großer Sicherheit auf und verlieren nur selten ihre gute Laune. Doch sie bilden Ausnahmen, sie sind Menschen, die nur für sich zu sorgen haben und die über das beneidenswerte Temperament verfügen, alles leicht zu nehmen; für sie ist das Suchen einer Stellung eine Art von sportlicher Betätigung. Daneben gibt es aber andere, die immer um ihre Zukunft zittern, die jede Adresse aufschreiben, sofort sich bewerben gehen und doch zu spät kommen oder im Voraus wissen, daß sie nicht eingestellt werden. Und dieses Wissen gibt ihnen eine schene Unsicherheit, sie wagen nicht mehr zu hoffen, und trotzdem gehen sie jeden Tag zum Nachweis. Diese Gezeichneten sitzen zusammengesunken auf den Bänken, hin und wieder fahren sie auf und stellen an den Beamten schüchterne Fragen und kehren müde auf ihren Platz zurück. Sie warten, bis das Bureau geschlossen wird und verlassen nur ungern den Raum, aus Furcht, sie könnten etwas veräumen. Sie sind nicht immer alt, ihr Verhalten ist eher Sache des Temperaments als die des Alters. Und wieder andere können es nicht verstehen, daß gerade sie entlassen worden sind; in ihnen lebt irgend etwas Ehrgeiz, das ihnen nicht erlaubt, ihre Entlassung als unverschuldete Tatsache hinzunehmen, sie fühlen sich beleidigt und glauben, ihre Tüchtigkeit sei nun in Frage gestellt. Sie zeigen sich rauber, als sie sind und verbergen ihren Gram hinter Gleichgültigkeit. Aber auch die anderen, die gleichgültige oder lächelnde Gesichter machen, verbergen damit nur ihre Sorgen. Zwei Männer stehen an der Rampe und unterhalten sich; sie sind lehnig, schlank und in Sport geübt. Augenblicklich haben sie keine Arbeit, aber sie hoffen, daß sie nicht allzu lange zu warten brauchen, sie wissen, was sie leisten, sind von sich durchdrungen. Nein, sie haben es nicht nötig, irgendeine Stellung anzunehmen, nur um unterzukommen, in ein paar Tagen werden sie haben, was sie wollen. Warum sollen sie Angst haben? Aber auch hinter ihren Worten klingt ein Zweifel, das Wort zermürbt, das Angebot ist übergroß, es kommt kaum noch auf persönliche Tüchtigkeit an.

Und neben die Sorge um das tägliche Brot tritt bei allen, die dort Arbeit suchen, das niederdrückende Gefühl, in ihrer Kraft lahmgelegt zu sein, einen bloßen Spielball in der Hand großer, wirtschaftlicher Mächte zu bilden, das Gefühl der Ohnmacht einem mächtigen Moloch gegenüber, dem rücksichtslos Hetaitomben geopfert werden.

### Der „tote Monteur“.

Wenn die Liebe nicht wär . . .

Eine böse Suppe hatte sich der verheiratete Monteur Erich A., eingebracht, der von einer Berliner Firma drei Wochen auf Montage nach einem bei Freienwalde in Pommern belegenen Gut geschickt worden war. Um sich jedenfalls die Langeweile auf dem Lande zu vertreiben, hatte er auf dem Gute mit einer 20 Jahre alten Dienstmagd Minna A. ein Liebesverhältnis begonnen und Begensliebe gefunden.

Doch so leicht es gewesen, sich die „Brau“ anzuschaffen, so schwer war es auch, sie wieder los zu werden. Als A. wieder nach Berlin zurückfuhr, gab es einen tränenreichen Abschied, und nur sein Versprechen, für Minna sofort in Berlin eine Stellung zu besorgen, damit sie stets in seiner Nähe weilen konnte, beruhigte sie einigermaßen. Einige Briefe, die das Mädchen an A. sandte, beantwortete er nicht. Endlich aber war ihm die Sache doch zu bunt und er wollte Schluss machen. Er überredete seinen Montagehelfer an das Mädchen zu telegraphieren, daß er verunglückt und im Birchow-Krankenhaus verstorben sei. Minna erhielt am Donnerstag das Telegramm; sie war untröstlich und hatte nur den Wunsch, ihren Erich nochmal zu sehen. Freitag früh beehrte sie im Krankenhaus Einsah; doch da mußte man von dem toten Monteur nichts. Nun fuhr Minna zur Fabrik; als sie sich im Kontor befragte, ließ man den „tote n

## Das unbegreifliche Ich.

38) Geschichte einer Jugend.  
Roman von Tom Kristensen.

(Berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von F. C. Vogel.)

„Ja, das kann man wohl sagen. Das kann man wohl. Doch sie kommt in fünfzehnhundert Jahren wieder auf die Erde, und dann werden wir uns wieder treffen.“

„Wer wird sich treffen?“

„Deine Mutter und ich werden uns treffen.“

„Und ich?“

„Ja, das weiß ich wirklich nicht,“ antwortete Samuelssen.

„Aber ich habe deine Mutter schon früher getroffen. Ich war der Priester des Feuers und sie kam mit Blumen zum Tempel. Shretwegen brach ich mein Keuschheitsgelübde, und nun siehst du die Strafe; ich bin so weit gekommen, daß ich Zigarren verkaufen muß; aber das Feuer, das Feuer — ahnst du den Zusammenhang? Und deine Mutter macht Stoffblumen, künstliche Blumen, da siehst du die Strafe.“

Er lehnte sich in den Stuhl zurück und lachte.

Das war verdammt komisch, als ich die anderen Priester anföhrte und deine Mutter hinter dem Götzenbilde küßte. Haha!

„Haben Sie Mutter geküßt — hinter dem Götzenbild?“ fragte ich verwirrt.

„Ja, ich besinne mich darauf, als ob es erst gestern geschehen wäre. Ich bin schon immer ein Durchgänger gewesen. Aber, Waldemar, dir kann das ja ganz gleich sein. Sie ist bloß deine Mutter, und du hast sie und deinen Vater auf Grund einer zufälligen, seelischen Verwandtschaft gewählt. Sieh mal, davon weißt du auch nichts. Na, biblische Geschichte und Gesangbuchverse und Luthers Katechismus herunterplappern lernt ihr; aber die Wirklichkeit — na.“

„Was reden Sie bloß für Quatsch,“ rief ich dazwischen und wurde gleichzeitig verwirrt über meine Frechheit.

Samuelssen lachte.

„Haha, ach ja! Lang zu, du! Du mußt schönen Hunger haben! Aber du hast recht. Ich quatsche. Ich wollte dir bloß das Verhältnis zwischen deiner Mutter und mir erklären, denn das siehst du sicher in einem verkehrten Licht.“

„Mutter hat gesagt, daß Sie im Grunde gut wären, und daß die Männer ein rechtes Paa wären!“ antwortete ich.

Das kleine Zimmer mit einem sehr breiten Bett und einer großen Weltkarte an der Wand machte mich gesprächig.

Ich habe stets diese Art Zimmer ohne Gemütlichkeit gern gehabt.

Samuelssen sah mit gerunzelten Brauen und grübelte.

„Es ist doch merkwürdig, daß sich deine Mutter nicht auf die Geschichte hinter dem Götzenbild besinnen kann. Die war doch recht kompromittierend. Ich habe sie so oft daran erinnert; aber sie kann sich nicht darauf besinnen. Merkwürdig!“

„Mutter glaubt nicht an so was,“ warf ich ein.

„Sie hat eben ein schlechtes Gedächtnis. Sonst hätte sie dich auch nicht mit dem verrückten Theologen bekommen.“

Ich sah böse zu ihm hinüber.

„Gott, war der verrückt, und ein kleiner, schmieriger Schwindler war er obendrein auch noch. Er lebte davon, indem er Kritikel über Jesus schrieb, und dabei scherte er sich den Teufel um ihn.“

„Sie dürfen nicht über meinen Vater reden, verstehen Sie,“ antwortete ich und stand auf.

Aber plötzlich stuzte ich und drehte mich mit einem sehr vielsagenden Jungenslächeln zu ihm um. Ich hatte einen Unterrod bemerkt, der sich auf dem Bett herumtrieb.

Samuelssen streckte ein Bein aus und schob das verräterische Kleidungsstück unter das Bett.

„Liederliche Trine!“ murmelte er.

Dann sah er mich an und lächelte zweideutig.

„Ja, so bin ich nun, und das hat das Ganze zerstört. Nach der Geschichte mit deiner Mutter wurde ich rein verrückt. Ich schleppte alle möglichen Mädchen in den Tempel. Ja, es ist schwer, so was einem Jungen wie dir zu erklären; aber es ist gut, wenn du es weißt. Das Zentrum der Seele sitzt hier am Nabel, und darüber balancieren alle die edlen Eigenschaften und darunter sind alle die erotischen. Wenn nun die edlen Eigenschaften stark entwickelt sind, wird die Balance so schwierig, daß sie mit der größten Leichtigkeit nach der anderen Seite umtippen können, und dann dreht sich die Seele herum, ganz herum, verstehtst du, und das Fleischliche kommt nach oben. Darin liegt die große Gefahr für Propheten und Genies. Deshalb gehen so viele von ihnen zugrunde, wenn sie sich mit Wädeln vergnügen wollen.“

Ich lachte laut, aber seltsam gestend, Mutter war ja krank.

„Ach, solch ein Quatsch!“ rief ich.

Samuelssen nahm noch einen Schnaps, und dann lachte er auch.

„Ja, du bist bloß ein Junge, und es ist viel verlangt, daß du das schon verstehen sollst. Aber das macht nichts. Du hast ja noch eine lange Zeit vor dir, dein ganzes Leben und viele andere Existenzen.“

„Ich verstehe kein Wort,“ antwortete ich müde und verwirrt.

„Rein,“ fuhr er mich an, „aber Gott und Jesus, Himmel und Hölle, Taufe und Konfirmation, nicht wahr, das ist etwas für dich.“

„Rein, das auch nicht. Ich kann Gott in dem unendlichen Raum nicht finden. Er muß weit weg sein, und ich habe aufgehört, mein Vaterunser zu beten, denn das kann ihn ja doch nicht erreichen; und jetzt ist Mutter krank und ich bin ganz allein.“

Ich war dicht am Weinen.

Samuelssen kniff seine Augen dicht zusammen, und aus irgendeinem merkwürdigen Grunde hüpfte seine klumpige Nase jedesmal, wenn er das tat, ein Stück nach oben. Ich beantwortete diese clownartige Grimasse mit einem frechen Jungengrinsen.

„Du bist genau so wie deine Mutter. Man weiß nie, ob du traurig bist oder ob du einen bloß anführst,“ sagte Samuelssen.

Ich fühlte mich von warmen Wellen durchströmt. Es war herrlich, so rätselhaft zu sein. Und ich antwortete mit einer Stimme, die aus grundlosen Tiefen zu kommen schien: „Ich bin immer traurig.“

„Dazu hast du wahrhaftig gar keine Veranlassung!“ lachte Samuelssen, „weßhalb soll man das Leben so ernst nehmen? Ich suche und trinke und liebe — na ja richtig, du bist ja man nur ein Junge. Du bist gewiß schläfrig — und das nennst du dann traurig.“

Ich war so verwirrt und so empfänglich für alles, daß ich sofort merkte, wie schläfrig ich war, als er das sagte. Er hätte mir vorwerfen können, daß ich ausgelassen sei, und sofort wäre ich aufgesprungen und hätte herumgetobt.

„Du kannst gern schlafen gehen,“ sagte er freundlich. „Drüben in der kleinen Kammer steht ein Sofa, das für dich zurechtgemacht ist. Schlaf gut und erzähle mir am nächsten Morgen, was du geträumt hast. Was man das erstmal an einem neuen Ort träumt, ist immer von Bedeutung.“

Ich bekam ein brennendes Licht und ging in ein schmales Zimmer. Dort stand ein Sofa mit einigen Kissen und Katen. An der Wand befand sich ein kleines Regal mit verschiedenen blauen und gelben Büchern. Was stand da? Re—in—kar—nationen? Karma? War das ein Mädchenname? Im Vorhof? Atlantis? Ach, das war Geographie. Der Mensch und die sieben Grundfälle? De—ca—me—ron?

(Fortsetzung folgt.)





# STADT DES VORWÄRTS

## BEILAGE

### Aus den Bezirken.

#### 17. Bezirk — Lichtenberg.

In der 49. Kasse starker Bezirksverordnetenversammlung war es unserer 22 Mitglieder starken Fraktion trotz ihrer Stärke oft recht schwer, im Interesse der Allgemeinheit und der arbeitenden Bevölkerung praktische kommunale Arbeit zu leisten. Die an sich bedeutungslose deutschnationale Fraktion hat immer gegen die von der Fraktion gestellten Anträge gestimmt und fast immer die Unterstützung der anderen bürgerlichen Fraktionen einschließlich Zentrum und Demokraten gefunden. Da aber die gesamte bürgerliche Gesellschaft gegen uns Sozialdemokraten in der Minderheit ist, sind hier, wie überall, den bürgerlichen treue Verbündete entstanden. Die lebhaftesten Schwaben der K.P.D. Nur durch dieses Bündnis ist es möglich gewesen, den selbst nach Ansicht des Führers der Volkspartei, Justizrat Schachtel, verdienstvollen und bewährten Kommunalpolitiker Genossen Bürgermeister John abzubauen. Die anderen besoldeten Mitglieder, die wirklich nicht hervorstechend, dafür aber rechtsstehende Volksparteiler sind, sind dem Verwaltungsbezirk erhalten geblieben. Trotz aller Schwierigkeiten ist die Fraktion auf ihrem beschrittenen Wege konsequent fortgeschritten. Hierfür einige Beispiele: Im Juni 1921 wurde auf unseren Antrag gegen den Widerstand der Bürgerlichen beschlossen, die öffentlichen Märkte, die bis dahin zu einem Spottpreis an einen Unternehmer verpachtet waren, in eigene Regie zu übernehmen. Am 9. September desselben Jahres sorgte die Fraktion durch Beantragung größerer Geldmittel für die Aufrechterhaltung der im Bezirk vorhandenen Gartenanlagen und später für Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsmittel. Zur Beseitigung der Wohnungsnot wurden ebenfalls die notwendigen, allerdings stark beschränkten Maßnahmen getroffen. Schon in der Sitzung im Jahre 1921 wurde durch uns die weitere Finanzierung der städtischen Wohnbauten durchgesetzt und in der Oktobersession 1924 auf unseren Antrag Mittel zur Instandsetzung der baupolizeilich gesperrten Wohnungen bewilligt. Wir sorgten für Entfernung der Kaiserbüden und der Bilder monarchistischen Charakters aus Dienst- und Schulgebäuden und für Anschaffung von Fahnen in den republikanischen Farben. Der Arbeitersport erfährt durch unsere Arbeit wesentliche Förderung. Wir verlangten die Ermäßigung der Gebühren für Turnhallen usw. und auf unseren Antrag wurden 2000 M. für das Arbeiterturn- und Sportplatz zwecks Teilnahme an der Arbeiterolympiade in Frankfurt a. M. bewilligt. Mehrere Unterstufungen wurden in jedem Jahre durch unser Bemühen den Arbeitersportlern zugeführt. Für den Ausbau der Schule im modernen Sinne war die Fraktion eifrig tätig. Schon im Jahre 1921 wurde auf unseren Antrag für die Bereitstellung von Mitteln zur Weiterführung des Unterrichts über sittliche Lebenskunde mit knapper Mehrheit beschlossen und dadurch die drohende Gefahr der Einstellung dieser Unterrichtsstunden beseitigt. Wir führten die unentgeltlichen Unterrichtsveranstaltungen der Jugendbühne für Schulkinder ein und beantragten die Schulpeinigung der Kinder der Erwerbslosen und sonstiger Bedürftiger. Den Erwerbslosen half die sozialdemokratische Fraktion, soweit das mit den leider beschränkten Mitteln überhaupt möglich war. Im Juni 1923 wurde von uns die Bewilligung einer einmaligen Wirtschaftshilfe gefordert und die Bereitstellung von Mitteln zur Beschaffung von Heizungsmaterial und warmer Winterkleidung für alle Unterstützungsempfänger durchgesetzt. Die Zerpfaltung in der Sozialversicherung zu beseitigen, bezweckte ein Antrag, der verlangte, daß nur eine Krankenversicherung für den Bezirk zugelassen wird. Die Angelegenheit „schwebt“ beim Oberversicherungsamt. Auch für die Siedlungspolitik trat die Fraktion selbstverständlich ein. In jaher Arbeit, die fast stets in den Kommissionen erfolgte, haben wir für bessere Beleuchtung, für Wege und die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse gesorgt. Aus vorstehendem ergibt sich ein gedrängtes, natürlich durchaus nicht vollständiges Bild der kommunalen Arbeit der sozialdemokratischen Fraktion.

#### 18. Bezirk — Weihensee.

Unermüdet hat unsere Bezirksverordnetenfraktion daran gearbeitet, vor allem den unbemittelten Volksschichten zu helfen, wo es nur möglich war. Durch die Einsicht des Bezirksamtes und das große Verständnis der Mehrheit der Bezirksamtsmitglieder für unsere Wünsche und Forderungen sind wir im 18. Verwaltungsbezirk auf allen Gebieten des kommunalen Lebens vorwärts gekommen. Besonders in der Wohlfahrtsfrage ist wohl geleistet worden, was nur irgend möglich war. So war es u. a. auch in den Wintermonaten wieder möglich, einem großen Teil der Unterstützungsempfänger besondere Zuwendungen an Lebensmittel und Brennmaterial zu machen. In der Jugendfürsorge ist ebenfalls auf allen Gebieten mit den vorhandenen Mitteln das Bestmögliche geleistet worden. Der schon bestehende Kinderhort wurde in vieler Beziehung verbessert. Ganz besonders gefördert wurde die Verschickung von Kindern in Ferienkolonien. Das vorhandene Ferienheim Birkenholz wurde bedeutend vergrößert und ausgebaut. Trotz vieler Schwierigkeiten war es auch möglich, der Jugend ein Heim zu schaffen, das, wenn auch in bezug auf die Räumlichkeiten nicht vorbildlich ist, einem Vorstand erste Hilfen brachte. Des weiteren war es möglich, die frühere Rennbahn Weihensee in Gemeindegut zu überführen und sie als Spiel- und Sportplatz umzugestalten. Am sogenannten „faulen See“ wurde ein Stadion geschaffen. Die Bauverwaltung, die auch bei der Förderung oben genannter Projekte besonders fördernd tätig war, hat ebenfalls im Laufe der Zeit wohl zur vollen Zufriedenheit der Bevölkerung ihre Aufgaben erfüllt. Neben verschiedenen Straßenumgestaltungen wird jetzt an der Ausgestaltung der Hauptstraße Weihensee — Berliner Allee — gearbeitet. Des weiteren der Neubau einer Turnhalle, damit einem dringenden Bedürfnis Abhilfe schaffend, die Erweiterung der Seebadanstalt wird ebenfalls im Laufe dieses Jahres in Angriff genommen. Der Neubau eines Lezuums, Verwaltungsgeschäftes, Feuerwehrgeschäftes ist geplant. Jedoch sind die Mittel dafür erst für die nächsten Jahre in Aussicht gestellt. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Wohnungsbau gewidmet. Über 100 Wohnungen sind zurzeit im Bau, eine noch größere Anzahl ist für die nächste Zeit in Aussicht genommen. Im allgemeinen ist zu sagen, daß die Verwaltung auf allen Gebieten, besonders wenn man die schwierigen Verhältnisse während der Inflationszeit berücksichtigt, den an sie gestellten Anforderungen gerecht wurde.

In einer sehr gut besuchten Kreisgeneralversammlung beschäftigten sich die Abteilungen Weihensee, Wolchow, Falkenberg, Hohenbühl und Wartenberg mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Ueber die von unserer Fraktion geleistete Arbeit gab Stadtverordneter Genosse Hobdapp einen Ueberblick. Er betonte auch, daß in der Bezirksverordnetenversammlung unsere Vertreter ebenfalls ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Hier wie dort sei ein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten unmöglich gewesen. Die Partei könne mit ruhigem Gewissen auf ihre erfolgreiche Tätigkeit in der Kommune zurückblicken und mit großer Zuversicht der kommenden Wahl entgegen

sehen. Nach einer längeren Diskussion beschäftigte sich die Versammlung mit der Aufstellung der Kandidaten. Die vom Kreisvorstand nach eingehender Beratung aufgestellte Vorschlagsliste wurde einstimmig angenommen. Als Stadtverordneten kandidaten sind aufgestellt worden: Hobdapp, Fischer, Thiele, John und Kerlich; als Bezirksverordneten kandidaten: Hobdapp, Fischer, Thiele, John, Kerlich, Magraf, Falkenstein, Zwölmer, Schulze, Heimit, Reichart, Bohmann, Bolack, Harber, Frau Küchert, Lenzberg, Pölitz, Schwarz usw. Zum Schluß wurde noch beantragt, daß die erste Wählerversammlung im 18. Bezirk am 6. Oktober und die letzte am 23. Oktober stattfindet.

#### 19. Bezirk — Pantow.

Bei der Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin stellten sich die Schwierigkeiten auch im Bezirk Pantow ein. Neun bisher selbständige Gemeinden, darunter Pantow mit 60 000 Einwohnern, Niederschönhausen mit 20 000, außerdem 5 Gutsbezirke sollten nun zusammengefaßt und einheitlich verwaltet werden. Wer jemals als Gemeindevorsteher in den Einzelgemeinden tätig war und sich mit deren Richtungsinteressen herumschlagen mußte, wird nachfühlen können, welche Arbeit dazu gehörte, diese Gemeinden nun unter eine Verwaltung zu bringen. Wirkliche Organisationsarbeit setzte ein. Welche Schwierigkeiten überwunden werden mußten, zeigt, daß die Hauptverwaltung in Pantow allein an sechs verschiedenen Stellen untergebracht war, abgesehen von den in den kleineren Orten eingerichteten Amtsstellen. Die Verwaltung des Wohlfahrtswesens konnte endlich in einem Gebäude zusammengefaßt werden. Den durchaus berechtigten Forderungen der Arbeitslosen gegenüber schien es unmöglich, Mittel aufzubringen, um ihnen genügend Arbeit geben zu können. Doch es wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Arbeitsmöglichkeiten in unserem Bezirk zu sichern. Als beim Kauf des Bürgerparks durch die Gemeinde Pantow von unseren Vertretern gefordert wurde, auch gleich das Gelände jenseits der Bunte zu sichern, fand sich keine Möglichkeit dazu. Dem festen Willen unserer Freunde im Bezirksamt gelang es, diese Anlage in kurzer Zeit zu schaffen. Im Oktober 1921 wurde der Beschluß gefaßt, an der Bunte entlang, jenseits des Bürgerparks, eine großzügige Anlage zu sichern. Die Sandwüste mit ihren wenigen armseligen Kiefern, Erben und Birken sollte als Erholungsstätte und Turnplatz für Kinder und Erwachsene neu entstehen. 8000 Kubikmeter Erde mußten bewegt werden, ein Badestrand sollte geschaffen werden. Bei heute an heißen Tagen zur Bunte pilgert, wird Freude empfinden über das Geschaffene. Der Badestrand mit seinem Kiegerestümmel, die 15 000 Quadratmeter großen Spielwiesen bieten dem Großstadtmenschen eine herrliche Erholung. Im Zusammenhang hiermit wurde auch bald der häßliche Schuttberg am Friedhof beseitigt und darauf eine nette Anlage errichtet. Dann galt es, die Reste der Schönholzer Heide für die Allgemeinheit zu sichern. Mit den Besitzern des Glandes, der Schillinghölzer, wurden Verhandlungen eingeleitet, leider bis heute ohne Erfolg. Einem fühlbaren Mangel an Sportplätzen konnte schnell abgeholfen werden durch Ausbau des Sportplatzes an der Blankenseer Chaussee. Zwischen Pantow und Niederschönhausen liegt der alte herrliche Schlosspark mit seinem historisch interessanten Schloß. Seit 100 Jahren nicht mehr bewohnt, war es notwendig, die Räume für die Allgemeinheit zu sichern. Verhandlungen wurden geführt, aber werden endlich die notwendigen Summen beschafft werden können? Die angesprochenen Fäden wurden zerissen durch den einsehenden Abbau unserer Vertrauensleute im Bezirksamt. Unsere Bezirksverordnetenfraktion kann trotz der außerordentlich schwierigen Zeit auf greifbare Erfolge zurückblicken. Die Wähler haben jedenfalls alle Verantwortung, die Nachschichten der bürgerlichen Mehrheit der Bezirksversammlung unter die Lupe zu nehmen.

### Das Treptower Jugendamt.

#### Planmäßige Förderung der Jugend.

Das Bezirksjugendamt Treptow erstattet einen Jahresbericht über seine Tätigkeit vom 1. April 1924 bis 31. März 1925. Dieser Bericht zeigt die Arbeit, die unter sozialdemokratischer Leitung in einem Bezirk von rund 100 000 Einwohnern mit größtem Eifer der Bevölkerung geleistet ist. Für den weiteren Fortschritt der Arbeit wird der Ausfall der bevorstehenden Kommunalwahlen nicht ohne Einfluß bleiben. An städtischen Einrichtungen sind vorhanden: 4 Kindergärten, 3 Kinderhorte, 1 Kinderheim, 2 Kindererholungsstätten, 7 Jugendheime und in Karlshagen a. d. Ostsee ein Kindererholungsheim. Besonders groß war die Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Die Amtsvormundschaft führte 683 Vormundschaften und 338 Pflegschaften. 430 Kinder befinden sich in städtischer Pflege. Für die Einfindung der Kinder wird eine Kleiderkammer unterhalten. Zum Weihnachtsfest wurden alle Pflegslinge mit Geschenken bedacht. Die Fürsorgeerziehung umfaßt 153 Zöglinge, von denen sich etwa zwei Drittel in Anstalten und der Rest in Familienpflege befinden. Fürsorgeerziehung wird nur in den aller seltensten Fällen, wenn alle übrigen Erziehungsmöglichkeiten zwecklos erscheinen, angewendet. Besondere Ausdehnung haben genommen: Die Pflanzschulen und die Krippelfürsorge. 63 Kinder nahmen an orthopädischem Turnunterricht teil, der mehrmals wöchentlich abgehalten wird. In der Jugendpflege konnten 1504 Kinder ins Gebirge und auf das Land verschickt werden. An den Winternaturen im Riesengebirge im bayerischen Hochgebirge, im Hergelgebirge und im Taunus konnten 84 Kinder teilnehmen. Die städtischen Spielplätze erfreuten sich einer guten Besucherzahl. In der Schülerfrühstückspesung nahmen dreieinhalbtausend Schulkinder und 120 Kleinkinder teil. Zur körperlichen Erziehung der Jugend wurden Schwimmturne eingerichtet. Um den ärmsten Kindern das Wandern zu ermöglichen, wurde eine Kinderwandergruppe gebildet, ferner wurde eine Ortsgruppe des „Bundes Deutscher Jugendherbergen“ gegründet. Mit den Arbeiten für den Bau eines größeren Sportplatzes, eines Stadions, in Oberschönau wurde begonnen. Um der Jugend den Aufenthalt in den städtischen Jugendheimen recht angenehm zu machen, wurden die Heime renoviert und ausgeschmückt. Im Winterhalbjahr wurden Theateraufführungen für Schüler, Märchen- und musikalische Nachmittage, Vortragsabende und Filmvorstellungen und für die Kleinen Marionettentheater veranstaltet. Ein Lichtbildapparat steht neuerdings für die Jugendvereine zur Verfügung. Freizeiten wurden zum Besuch der Eisbahn verteilt. Die amtl. und ehrenamtlichen Kräfte des Jugendamtes wurden durch besondere Kurse in das schwierige Aufgabengebiet eingeweiht. Wie im Vorjahr, wurde auch in diesem Jahre eine Jugendchristenversammlung durchgeführt. Erst durch Bildung der Einheitsgemeinde war es möglich, auf diesem Gebiete voranzukommen. Unsere Genossen betrachten die geleistete Arbeit erst als Anfang und werden bestrebt sein, weiter vorwärts zu kommen.

Der Volkshor Rosenthal bereitete den Kranken des Reinickendorfer Krankenhauses am vergangenen Sonntag durch ein Konzert eine große Freude. Der Chor, der dem Deutschen Arbeiterbündnis angehört, erntete reichen Beifall für seine Darbietungen.

### Das Freibad als Reiseresort.

Das Bezirksamt Tiergarten kam infolge des Beschlusses der Bezirksversammlung, mehrere tausend Mark für die Ferienherholung bedürftiger Gemeindefamilien bereit zu stellen, auf die vernünftige Idee, der beschränkten Mittel halber, die Kinder nicht nach außerhalb zu senden, sondern im städtischen Freibad Wannsee, welches infolge seiner günstigen Lage als der beste Ferienaufenthalt Berlins gelten kann, anzufordern, ob dort während der Ferien täglich 200 Kinder mit Verpflegung untergebracht werden könnten. Selbstverständlich sagte die Leitung des Freibades zu und ging sofort an die Vorbereitungen zum Empfang der Kinder. Ein besonders eingetragener Raum wurde mit Tischen und Bänken versehen, eine Halle (für Regentage) hergerichtet usw. Da das Freibad eine modern eingerichtete Restauration besitzt, bereitete auch die Verpflegung keine Schwierigkeiten. Alle Beteiligten, Personal und Leitung des Freibades, sowie die Jugendleiter des Bezirksamtes arbeiteten Hand in Hand, um den Kindern die Ferien zu einer wirklichen Erholung zu machen. Mit herzlichen Dankesworten schieden die Kinder vom schönen Wannseestrand, wo sie frohe Tage verleben hatten.

Leider kamen anstatt der 200 gemeldeten Kinder nur 150, und auf Befragen erklärte der Stadtjugendpfleger, daß verschiedene Direktoren der Roabiter Gemeindefamilien die Berechtigungsarten mit der Motivierung abgelehnt hätten, in ihren Schulen gäbe es keine erholungsbedürftigen Kinder. Diese Erklärung ist ein Hoj auf die notleidende Bevölkerung Roabits. Wenn die anderen beteiligten Instanzen ebenso langweilig und bequem gehandelt hätten, wäre aus der ganzen Sache nichts geworden und die Kinder hätten sich anstatt in der frischen Luft, während der Ferien in der Steinwüste Roabits aufhalten müssen. Sache unserer Fraktion wird es sein, hier durchzugreifen.

Förderklasse der Städtischen höheren Handelsschule. Die Deputation für das Berufs- und Fachschulwesen beabsichtigt für kaufmännische Angestellte beiderlei Geschlechts an der Städtischen höheren Handelsschule in der Brandenburgstraße 37 zum Oktober d. J. wiederum eine Förderklasse zu eröffnen. Dauer des Kurses 2 Jahre bei 16 Wochenstunden. Unterrichtsgegenstände: Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 6 bis 10 Uhr. Unterrichtsgegenstände: Kaufmännische Betriebslehre, Deutsch, Volkswirtschaftslehre, Bürgerkunde, Recht, Wirtschaftsgeographie. Das Schulgeld beträgt 15 Mark vierteljährlich, Einschreibungsgebühr 2 Mark. Die Ausnahme wird von einer Prüfung abhängig gemacht. Anmeldungen und Anfragen sind bis zum 30. September 1925 an den Direktor der obengenannten Anstalt zu richten.

### Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einblendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, 1. Hof, 2. Trepp. rechts, zu richten.

**Heute, Sonnabend, den 19. September:**

**Morgen, Sonntag, den 20. September:**

**Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation**

**Jugendveranstaltungen.**

**Heute, Sonnabend, den 19. September:**

**Morgen, Sonntag, den 20. September:**

**Geschäftliche Mitteilungen.**

Die Deutschen sind kein „Biertrinkendes“ Volk mehr, sondern Lebzücker geworden. So, wie das Lager, was mehr bedeutet, Lebzücker geworden, nicht mehr wie früher trinkt der Deutsche ein „Bier“, sondern er vermischt sich etwas anderes auf die „Bierflasche“. Da gibt es, um nur die bekanntesten deutsche Lebzücker zu nennen, „Lebzücker Wein“, das ist ein solches blumigeres Bier, das in seinem Aroma aber noch nach „Lebzücker Gold“ überströmt wird, welche Lebzücker die edelste Lebzücker der Welt enthält. Weiter „Lebzücker Rot“, das ist eine Inbo-Embo-Mischung, welche keine Lebzücker enthält, sondern eine reine Inbo-Embo-Mischung, welche keine Lebzücker enthält und schließlich eine Mischung „Lebzücker Wein“, als den „Lebzücker“ für den deutschen Familienkreis.

Besser für Berlin und Umgegend. Wollig, ohne erhebliche Niederschläge. Wetterhin ziemlich warm. — Für Deutschland. In ganz Deutschland bemerkt, aber nirgends nennenswerte Niederschläge. Ueberall mit

**„Komet-Fredlau!“**  
gehört in jedes Fahrrad!  
Unverwundlich im Gebrauch!

# Die Feier im Ruhrgebiet.

Eine Rede Severings.

Essen, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute fand in Essen die offizielle Befreiungsfeier statt, nachdem sie bereits gestern durch einen politischen Abend in kleinerem Kreise eingeleitet worden war. Kurz vor 11 Uhr fuhr der Reichspräsident in Begleitung der Minister und des Oberpräsidenten der Rheinlande, Fuchs, im Saalbau vor. Die Feier wurde durch eine Rede des Oberpräsidenten eingeleitet. Er hieß den Reichspräsidenten und die Minister namens der Bevölkerung willkommen, und sprach die Hoffnung aus, daß es der Führung des Reichspräsidenten und der Regierung gelingen werde, auf dem Wege der Verständigung einen gerechten Ausgleich zu finden und den noch nicht geräumten Gebieten die Freiheit zu bringen. Der Oberbürgermeister der Stadt Essen, Bracht, sprach davon, daß der vaterländische Gedanke das Volk vereinen werde und er heiße in diesem Sinne den Präsidenten und die Regierung mit dem Gelübnis unwandelbarer Treue zu Reich und Staat willkommen. Eine bedeutsame politische Ansprache hielt der Minister des Innern Severing, der namens der preussischen Regierung der Bevölkerung für ihr tapferes Verhalten dankte. Er huldigte dem namenlosen Heldentum der großen Waffe, die die Trägerin des Abwehrkampfes war und fuhr dann fort:

„Alle Schichten der Bevölkerung — und nicht zuletzt die Arbeiter, Angestellten und Beamten — haben trotz des Elends der erzwungenen Arbeitslosigkeit und des Hungers in unübertrefflicher Solidität und Staatsgeföhrnung an dem Staate festgehalten, der aus dem Zusammenbruch geboren, von ihnen geschaffen und neu aufgebaut worden ist. Und ohne einem Stand zu nahe zu treten, darf mit den Worten eines Arbeiterdichters gesagt werden, daß auch in diesem Kampfe Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester gemessen ist.“

Wir wollen den heutigen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne daraus Hoffnung für künftige Zeiten zu schöpfen. Gemäß werden die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe im Innern ihren Fortgang nehmen; aber sie sollten doch in einer Form geführt werden, daß sie den christlichen Volksgenossen, der auf seinem Posten des Besten im Abwehrkampfe geleistet hat, nicht verletzen. Es ziemt uns nicht und ist der Größe des Ruhrkampfes unwürdig, jetzt nach dem Abzug der Besatzungstruppen zu untersuchen, ob der Eine oder der Andere bei seinen Maßnahmen und Handlungen auch immer dem „richtigen“ hundertprozentigen Rationalgefühl geleitet gemessen ist. Rationales Empfinden ist keine Eigenart eines bestimmten Standes und einer bestimmten Partei, das hat gerade der Ruhrkampf bewiesen, wo der gerächelte Dienst am Vaterlande seinen höchsten Triumph feierte und die Phrasen nichts bedeuten.

Wir würden glücklich sein, wenn wir den Abzug der Besatzungstruppen als ein Zeichen beginnender Einsicht, als den ersten Schritt auf dem Wege der Verständigung ansehen dürften. Das Elend, das der Weltkrieg über Europa gebracht hat, kann durch die Unterdrückung und Rechtslosmachung unseres Volkes nicht gemindert, sondern nur vergrößert werden. Gerade von hier aus, wo das Herz der deutschen Wirtschaft schlägt, wo zahllose Schöte röhren, die Zeugnis ablegen von schaffendem Fleiß Hunderttausender von Händen, soll über Deutschlands Grenzen der Aufhinausbringen, daß die Reparation Europas nur geleistet werden kann im Zusammenwirken aller aufbauenden Kräfte. Ein Zusammenarbeiten insbesondere der deutschen Wirtschaft mit den Wirtschaftskreisen unserer westlichen Nachbarn fördert im friedlichen Austausch nicht nur Kohlen und Telegraphenleitungen, sondern legt auch den Grundstein für einen dauerhaften Frieden.

Nach ist die Atmosphäre Europas nicht frei von den gütigen Keimen des Hoffens. Der Wiederaufbau unserer eigenen Wirtschaft und der Wiederaufbau Europas legt aber voraus, den Abbau des Hoffens und der Anwartschaft. Möge es recht bald gelingen, diese noch viel gefährlicheren Befähigungsmächte in allen Ländern zum Abzug zu bringen, damit wir unter den Segnungen des Friedens im Wettbewerb mit den anderen Völkern unserer Arbeit nachgehen können unter der Devise, die einer ihrer großen Mitbürger zur Richtschnur seines Lebens gemacht hat: „Die Arbeit soll Dienst am Gemeinwohl sein!“

Reichstagspräsident Cöbe ist mit 28 anderen Reichstagsmitgliedern zur Interparlamentarischen Union nach Washington abgereist.

Einsie in der Türkei! Der Nationalversammlung in Angora ist ein Besetzungsmur auf Abschaffung der Vielweiberei zugegangen.

# Neue spanische Landung?

An der Küste von Marokko.

Paris, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Jex sollen die Spanier eine neue Landung an der marokkanischen Küste vorgenommen und einen Küstenstrich in der Breite von 3 Kilometern besetzt haben.

# Neuer Kampf in Syrien.

Paris, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach Meldungen aus Beirut stehen die französischen Truppen in heftigen Kämpfen mit den Drusen, die mehrere Hundert Tote haben sollen; die französischen Verluste seien gering.

# Deutsch-japanischer Farben- / ?

Die Auslandsinteressen der chemischen Großindustrie.

Solingen, 18. September. (Eigener Drahtbericht.) Die „Kölnische Zeitung“ erzählt aus Kreisen der chemischen Großindustrie, daß sich in Kürze einige maßgebende Herren der deutschen Farbenindustrie nach Japan begeben, um mit der japanischen Farbenindustrie Verhandlungen über eine Interessengemeinschaft zu führen. Die deutsche chemische Industrie verfährt auf diesem Wege die deutsch-japanischen Handelsvertragsverhandlungen in ihrem Interesse zu bestimmen. Nachdem die chemische Großindustrie, die bereits seit längerer Zeit über die Bildung eines geschlossenen nationalen Produktionsblocks verhandelt, schon vielfach ihre internationalen Interessen in feste Organisationsformen gebracht hat, ist sie jetzt dabei, durch den Abschluß mit der bedeutenden japanischen Konkurrenz dem Weltchemie-Block ein beträchtliches Stück näherzukommen.

# Die Preisprüfungsstellen bleiben!

Aufrechterhaltung der Preistreibeiverordnung.

Der Amliche Preussische Pressedienst teilt mit: Die seit einiger Zeit bestehende Ungewißheit über die Weitergeltung der Preistreibeiverordnungen hatte ihre Durchführung durch die Polizei- und Strafverfolgungsbehörden naturgemäß in gewisser Weise beeinträchtigt. Durch einen neuerlichen Beschluß des Preussischen Staatsministeriums ist nunmehr eine Klärung der Frage nach einer weiteren Aufrechterhaltung der notwendigen gesetzlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der übermäßigen Preissteigerungen für Gegenstände des täglichen Bedarfs insofern erfolgt, als Preußen bei der Reichsregierung wie im Reichsrat für die Aufrechterhaltung der wesentlichen Bestimmungen der Preistreibeiverordnung und der mittleren Preisprüfungsstellen eintritt wird.

Die heftigen Kommunalwahlen finden voraussichtlich am 15. November statt. Die Regierung hat dem Bundtag ein neues Wahlgesetz für die Wahlen der Kommunal-, Reichs- und Provinzialvertreter zugehen lassen, das zurzeit im Gesetzgebungsausschuß beraten wird.

# Wirtschaft

Umwandlung der „Siemens Elektrische Betriebe“.

Der preussische Staat, der ein Interesse daran hat, seinen elektrowirtschaftlichen Einfluß zu stärken, hat zur Erreichung dieses Zieles von der Schweizer Gesellschaft für elektrische Industrie in Glarus und der Siemens-Schuckert-Gesellschaft die Aktienmajorität der Siemens Elektrischen Betriebe erworben. In der gestrigen Generalversammlung wurde der Strich unter diesen Erwerb gezogen, einmal dadurch, daß die bisherigen Majoritätsgruppe angehörnden Aufsichtsratsmitglieder ihre Ämter niederlegten und Delegierte der preussischen Staatsverwaltung in den Aufsichtsrat eintraten, und ferner dadurch, daß die Firma in Nordwestdeutsche Kraftwerke Hamburg geändert wurde. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, das Aktienkapital um 4 Millionen Reichsmark auf 8 Millionen Reichsmark zu erhöhen. Karl v. Siemens machte auf dieser Generalversammlung die nachfolgenden Ausführungen: „Es stellte sich bald nach der Gründung das Bedürfnis heraus, Anzessionen im Ausland zu erwerben. Es gelang und die Finanzierung der auf dieser Konzession errichteten ausländischen Zentralen erfolgte zuerst durch das Mutterhaus Siemens u. Halske. Doch das genügte bald nicht und nun gingen Schweizer Finanzfreunde des Hauses bereitwillig auf den Gedanken ein, eine Gesellschaft ins Leben zu rufen und haben in den weiteren Jahren derselben dauernd ihren finanziellen Beistand geleistet. So haben die Siemens Elektrische Betriebe eine Reihe von Zentralen ins Leben gerufen und große Pionierarbeit für die Ausbreitung der Elektrizitätsversorgung geleistet. Durch das Schweizer Finanzhaus wurde der größte Teil des Kapitals in der Form von Aktien und

Obligationen, letztere auch in Frankwert ausgestellt, im Auslande untergebracht.“

Mit Ausbruch des Krieges begannen Schwierigkeiten finanzieller Natur. Da ein großer Teil des Kapitals in ausländischen Händen war, mußten Dividenden der Aktien, Zinsen und Rückzahlungen der Obligationen im Auslande zur Auszahlung gelangen; um nicht während des Krieges deutsches Geld nach dem Auslande senden zu müssen, hat die Gesellschaft die notwendigen Summen von den Schweizer Freunden entliehen. Die Schulden erreichten eine phantastische Höhe. Jeder Versuch der Lösung, den ausländischen Gläubigern, die einen auf Frank lautenden Schuldchein der Gesellschaft in Händen hatten, auch ihr Versprechen der Rückzahlung in dieser Währung treu einzuhalten, wurde durch die Inflation zunichte gemacht, und die Gesellschaft sah sich genötigt, um nicht in Konkurs zu geraten, die für solche Fälle ausländischer Schulden ursprünglich geschaffene Geschäftsaufsicht zu beantragen. Wünschenswert war eine Regelung, durch welche die Schweizer Gläubiger die Sicherheit erhielten, ihre Forderungen in Frank zurückzubekommen. Durch das Entgegenkommen des Schweizer Finanzhauses, welches sich bereit erklärt hatte, zu billigem Zinsfuß das Darlehen auf längere Zeit noch stehen zu lassen. Den Schweizer Finanzfreunden der Gesellschaft, die neben dem Guthaben an die Gesellschaft noch einen großen Aktienbesitz haben, ist vom preussischen Staat das Angebot gemacht worden diese Aktien von ihnen zu erwerben unter der Voraussetzung, daß sie die Majorität der Aktien der Gesellschaft zur Verfügung stellen können. Dadurch wird die Gesellschaft von der Last der Schulden befreit und in die Lage versetzt, auch die an sie herantretenden neuen Aufgaben durch die Erleichterung der Kapitalbeschaffung zu erfüllen. Es hat daher auch seinen kleineren Aktienbesitz zur Verfügung gestellt. Mit diesem Uebergehen der Aktienmajorität aus den Händen des Siemens-Konzerns und seiner Freunde lösen die Siemens Elektrische Betriebe ihre Gemeinschaft mit dem Mutterhause.“

# Ein- und Ausfuhrwerte für Malz.

Zu unserer Notiz „Zur Außenhandelsstatistik“ in Nr. 439 des „Bismarck“ schreibt uns das Statistische Reichsamt: Es ist richtig, daß in der zweiten Hälfte des vorigen und in den ersten Monaten dieses Jahres die Preise für eingeführtes Malz höher lagen als für ausgeführtes, und daß sich diese Unterschiede in den letzten Monaten stark vermindert haben. Diese Preisunterschiede sind aber nicht, wie die „Fortgeschrittene“ für Wirtschaftspolitik glaubt, ein Beispiel klarer Fehleinschätzung, sondern haben ihren guten wirtschaftlichen Grund. Die Einfuhr von Malz ist an sich verboten. Die Mengen, die hereinkommen, sind von dem Reichskommissar für Ein- und Ausfuhrbewilligungen zur Einfuhr besonders freigegeben. Solange das Einfuhrverbot sehr streng gehandhabt wurde, kamen nur besonders hervorragende Qualitäten herein, die von einzelnen Brauereien benötigt wurden, um die Qualität ihrer Spezialbiere aufrecht zu erhalten. Seitdem auf Grund des Wirtschaftsabkommens mit der Tschechoslowakei größere Mengen herein gelassen werden, haben sich die Qualitäten stark ausgeglichen, so daß nunmehr im allgemeinen kein besonderer Unterschied in den Qualitäten der Einfuhr und der Ausfuhr mehr besteht. — Da Malz in sehr verschiedenen Qualitäten gehandelt wird, kann es aber immer wieder vorkommen, daß sich in einzelnen Monaten Differenzen in den Ein- und Ausfuhrpreisen zeigen.

# Der Streit zwischen Aluminiumfabrikanten und -Verarbeitern.

Die Verhandlungen der Aluminiumerz-Industrie mit dem neugegründeten Walzwerk-Syndikat, die auf eine Herabsetzung der Preise abzielten, sind bisher ohne positives Ergebnis geblieben. Das Walzwerk-Syndikat ließ durch seine beauftragten Vertreter in einer Sitzung am 16. September erklären, man wolle mit jedem einzelnen Verbraucher über die Preise verhandeln und dabei der Verarbeitung weitgehend entgegenkommen. Die Aluminium verarbeitende Industrie hat daraufhin die Erklärung veröffentlicht, sie behalte sich weitere Schritte vor, bis man gesehen habe, wie nun das Walzwerk-Syndikat seine Preise einstellt.

Also doch kein Zinsabbau! Die Deutsche Bank nimmt den bisher noch zweifelnden Mitbürgern die letzte Hoffnung, daß ein Abbau der Zinssätze für öffentliche Gelder auch die Kredite der Banken verbilligen würde. Sie schreibt in ihrem Monatsbericht: Die vielfach gehegten Erwartungen, daß die Verbilligung der Leihzätze für fiskalische Gelder unmittelbar sich auf dem Kreditmarkt auswirken müßten, sind abwegig, weil mit kurzfristigen Geldern keine langfristigen Kredite gegeben werden können. Die Ermäßigung der Sätze im Kreditgeschäft hängt vielmehr von der Entwicklung der politischen Verhältnisse ab, weil sie allein uns langfristiges Auslandsgeld zuführen kann. — Hoffentlich redet man nun nicht mehr von dem Zinsabbau im Sinne einer Preislenkung.

# Musikaufträge

überläßt man nur dem Nachweis des Deutsches Musikverbands, Berlin O 27, Unter den Eichen 21 (Königsplatz 4310, 4045). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

**Oberhemden** 6<sup>50</sup>  
gestrichelte Faltenbrust, 2 Kragen, und Umschlagmanschetten . . . . .

**Herrenhüte** 4<sup>90</sup>  
moderne Formen und Farben . . . . .

**Hosenträger** 1<sup>35</sup>  
aus kräftigem Gummi, mit Roll-Leder . . . . .

**Schmortopf** 95 Pf.  
ca. 18 cm, Aluminium . . . . .

**Plättbrett** 3<sup>95</sup>  
bezogen . . . . .

**Waschtisch** 3<sup>95</sup>  
lackiert . . . . .

**Plüschhut** 7<sup>90</sup>  
braun und schwarz, gute Qualität, hübsche Bandgarnitur . . . . .

# Billiger Sonnabend

# bei Jandorf

Belle-Alliance-Str.  
Gr. Frankfurter Str.  
Brunnen Straße.  
Kottbuser Damm.  
Wilmersdorfer Str.

**1 große Flasche Franzbranntwein** 1<sup>25</sup>  
extra stark . . . . .

**5 Stück Familien Toilette-Seife** 1<sup>35</sup>  
Karton . . . . .

**3 Beutel Kaffeebohnen** 2<sup>50</sup>  
extra stark . . . . .

<b>Kasak</b> aus kunstverarbeiteten Trikot, reizende Fassung, viele Farben . . . . .	<b>4<sup>75</sup></b>	<b>Damenstrümpfe</b> prima Make, Doppelseite und Hochleiste, moderne Farben . . . . .	<b>1<sup>45</sup></b>	<b>Kostümfstoff</b> ca. 100 cm breit, kariert od. gestr., Meter . . . . .	<b>2<sup>25</sup></b>
<b>Kleiderrock</b> aus modern gestreuten Stoffen . . . . .	<b>5<sup>75</sup></b>	<b>Damenstrümpfe</b> reine Wolle, schwarz . . . . .	<b>1<sup>75</sup></b>	<b>Kammgarnschetten</b> reine Wolle, ca. 100 cm breit, Meter . . . . .	<b>5<sup>90</sup></b>
<b>Damen-Mantel</b> aus haltbarem Mouliné-Flausch, mod. Herren Fassung, verschied. Fash. . . . .	<b>19<sup>75</sup></b>	<b>Herrensocken</b> grau meliert . . . . .	<b>58 Pf.</b>	<b>Crépe de Chine</b> ca. 100 cm breit, schwarz u. farbig, Meter . . . . .	<b>5<sup>90</sup></b>
<b>Gummimantel</b> für Damen, gute Qualität, weite moderne Fassung . . . . .	<b>24<sup>50</sup></b>	<b>Herrensocken</b> gute feinfädige Qualität, mod. Farben . . . . .	<b>75 Pf.</b>	<b>Hutsamt</b> alle modernen Farben . . . . . Meter . . . . .	<b>2<sup>95</sup></b>
<b>Unterkleid</b> Kunstseide, moderne Farben . . . . .	<b>3<sup>75</sup></b>	<b>Herrengarnitur</b> Jacke und Reinkleid, kühlige Qualität, 3 Größen . . . . .	<b>4<sup>95</sup></b>	<b>Kleidersamt</b> ca. 70 cm breit, gute Körperware, Meter . . . . .	<b>7<sup>90</sup></b>
<b>Schlupfhosen</b> für Damen, mit warmem Innenfutter . . . . .	<b>1<sup>65</sup></b>	<b>Hemdentuch</b> für Leibwäsche . . . . . Meter . . . . .	<b>65 Pf.</b>	<b>Küchenhandtuch</b> Gerstenkorn, reine Leinen, ges. u. geb. . . . .	<b>68 Pf.</b>
<b>Futterhosen</b> für Herren, mit warmem, weißen Futter, Überschlagn, 3 Größen . . . . .	<b>3<sup>95</sup></b>	<b>Lakenstoff</b> Hausmacherart, ca. 140 cm breit . Meter . . . . .	<b>1<sup>95</sup></b>	<b>Malerkittel</b> Robuessel, gute Qualität . . . . .	<b>4<sup>95</sup></b>

## Im slawischen Süden.

Reisebriefe von Hermann Wendel.  
3. Belgrad.

Die Entwicklung Belgrads vollzieht sich mit einer atemberaubenden amerikanischen Geschwindigkeit. Jahrhundertlang war hier alles Leben durch die osmanische Herrschaft gestaut. Das Belgrad, das gemeinlich „Griechisch-Beihenburg“ genannt wurde und zu dem Prinz Eugen „die Brücken“ schlagen ließ, war eine orientalische Siedlung schlechthin, denn für das ganze Land galt die Regel, daß die türkischen Herren in den Städten den Jins verzehrten, den ihnen die in den Dörfern fröhlichen serbischen Rajas abwarfen. Aber auch die Hauptstadt des halb unabhängigen Fürstentums Serbien, die der Dichter um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts besang: „Belgrad, o du mein weißer Schwan!“, trug noch ganz das Gepräge des Morgenlandes: kleine Häuschen wie eine anglische Hammelherde aneinandergedrückt, krumme und enge Basargassen mit offenen Krambuden, verträumt rauschende Röhrenbrunnen und stolze Moscheen mit schlanken Minaretts; als Ferdinand Laßalle 1856 gen Osten fuhr, betrat sein Fuß in Belgrad zum erstenmal den Boden des Orients.

Auch nachdem 1867 der letzte osmanische Krieger abgezogen und zehn Jahre später das Fahnenstück mit dem Halbmond als letztes Zeichen fremder Oberhoheit auf der Festung gesunken war, eilte die Entwicklung der Stadt nicht mit Siebenmeilenstiefeln voran. Die unglückliche Lage des Landes, das in der wirtschaftlichen Umformung durch die benachbarte habsburgische Großmacht stöhnte, trug dazu bei, daß Belgrad eine nicht gerade sehr rührige und regsame, aber gemächliche und gefällige Kleinstadt blieb, auf den Sattel zwischen Donau und Save geleitet, mit winzigen Häusern in kleinen Straßen, durch die ein eindringender Duft von Pflaumenbranntwein wehte, mit viel Staub an sonnigen, mit viel Rot an regnerischen Tagen. Rund 80 000 Menschen hielten in der serbischen Hauptstadt vor dem Weltkrieg; jeder kannte jeden, alles rollte in engen Gassen ab.

Nachdem Belgrad drei Jahre Sitz des k. und k. Generalgouvernements Serbien gewesen war, schlug 1918 nicht nur die Stunde der Befreiung, sondern die Stadt wurde auch als bewegter Mittelpunkt des neuen Nationalstaates der Serben, Kroaten und Slowenen von heute auf morgen Zentrum eines Reiches von zwölf statt eines Ländchens von knapp vier Millionen Einwohnern. Diese Wandlung trug ein hohes Fieber in die Adern der Stadt. In Tausenden und Zehntausenden drängten Menschen aus allen Gegenden des Staates und aus aller Herren Länder herbei; tausend wirtschaftliche Projekte und kulturelle Probleme schwirrten wie Wälderschwärme in der Luft; eine Bant heute und eine Aktiengesellschaft morgen ging es mit den Gründungen heidi und heida. Bei der Volkszählung vor fünf Jahren wies Belgrad rund 130 000 Einwohner auf, heute 185 000, und bei gleichem Tempo des Wachstums wird die slawische Residenz um 1940 die erste halbe Million voll haben. Mit diesem Zustrom neuer Elemente verschärfte sich die Wohnungsnot ins Ungemessene. Draußen in der Vorstadt lebten sich die Unterkunftslosen aus Lehm und ein paar Steinen winzige Nothäuser zusammen, andere Familien haufen seit Jahr und Tag in Blechwagen auf der Bahnstraße, aber daneben wird Belgrad von einer Baumut geschüttelt, wie wohl keine andere Stadt des Festlandes. Nirgends wird so viel Mörtel gemischt, ragen so viele Gerüste himmelan, ist die Kelle in so ununterbrochener Tätigkeit. Wer nur von Jahr zu Jahr hierher kommt, reißt sich immer wieder erstaunt die Augen; seit dem letztenmal sind hier neue Häuserzeilen aus dem Nichts entstanden, und dort hat sich das Straßenbild durch Neubauten gründlich verschoben; statt 214 Straßen im Jahre 1909 hat Belgrad jetzt 480! Zwischen die beiden großen Ströme eingeklemmt, vermag sich die Stadt nur in die Länge, nicht in die Breite zu entwickeln; sie ist heute trotz der Elektrischen in ihren fernsten Ausläufern nicht ganz vergnüglich zu erreichen, und immer neues Gelände weit draußen, wo gestern noch Maisfeld oder Brackfeld war, unterwirft sich der Erdringungsdrang des Architekten. Ganz Belgrad gleicht einer Stadt, die durch eine Beschickung oder ein Erdbeben jählich gelitten hat und mit rührigem Eifer neu aufgebaut wird. Das alte Belgrad aus der Zeit Miloschs, des ersten serbischen Herrschers nach dem großen Befreiungskriege von 1804 bis 1813, verfiel dabei allerdings wie mit einem Zauberstab berührt. Heute noch stehen auf der „Bage“, der Hauptverkehrsader, die schlichteren ebenerdigen oder einschüßigen Häuschen aus der patriarchalischen Zeit, da das Leben einfacher und die Welt übersichtlicher war, unvermittelt neben strotzenden Brunnenpforten und geschwänzten Wolkenkratzern, aber bald wird auch Belgrad eine Stadt wie Budapest oder Berlin sein. Schade drum!

Immerhin ist Belgrad heute noch eine europäische Stadt mit orientalischem Pflaster. Ein solches Pflaster voller Buckel und Böhler, voller Erhöhungen und Vertiefungen gibt es nur einmal in der Welt, aber daß jede Ausbesserung in kurzem zusehends wird, liegt nicht zuerst an der Lässigkeit der Menschen. Belgrad hat keinen feineren Unterbau, und in die weiche Erde sinken die schönsten Pflastersteine immer wieder ein. Mit den fünfzehn

## Heidelberg.



Freischauf zur Schlacht! Die Fackel ward entzündet,  
Der Mann der Arbeit schreitet kühn zur Tat.  
Was bang die Gegner fürchten, ward verkündet:

„Wir bauen uns der Zukunft freien Staat!“  
Da zittern ängstlich, die der Zug verbündet:  
Der Junker, Zechenherr und Potentat,

Der Hakenkreuzler und wie sonst sie heißen,  
Die alten Fesseln wird mit Macht zerreißen,  
Zum Kampf geeint, das Proletariat.

Millionen Dinar, die die Gemeinde jährlich für Pflasterung auswirft, ist wenig getan; eine Milliarde zum mindesten würde die hochgemähte und solide Makadamisierung erfordern, und selbst für die Kahe einer Residenz ist das eine allzu runde Summe.

Mit der Entwicklung zur westeuropäischen Großstadt weiß aber Belgrad, Mittelpunkt eines jungen Volkes, auch schon manche der Entartungserscheinungen älterer Zivilisationen auf. Zwar ist der Bildungsdrang der Jugend noch ungehemmt, namentlich dem Frauen-

stadium sind alle Tore breit geöffnet, aber die nach dem Kriege geschlossenen Ehen haben im Durchschnitt nur ein Kind neben zwei bis vier bei den vor 1914 eingegangenen Ehen. Auch zeigen die Brunnbäume der Banken, daß das Kapital nicht willens ist, sich zu ducken, und so wird auch die Stadt, die bei den Türken „das Haus des Arieas“ hieß, über kurz oder lang von den gleichen heftigen sozialen Kämpfen widerhalten, die die abendländische Menschheit in zwei feindliche Lager reihen.

## Der Hochverräter.

Erinnerungen aus schweren Tagen.

Von Adolph Hoffmann.

Es ist schwer festzustellen, wie lange wir uns so gegenseitig misstrauisch beobachteten. Plötzlich wurde die Zelle wieder hell, der Schließer klopfte an die Tür und rief: „Aber Hoffmann, sind Sie doch nicht so ängstlich, geben Sie doch Ihrem Kollegen einen Strohsack ab. Er will doch auch schlafen.“

Er schien dazu ebensowenig Neigung zu haben wie ich. Aber ich rutschte zur Wand und schob vor mir her einen Strohsack herunter.

Mein Zellengenosse blieb trotzdem auf dem Schemel sitzen, bis der Schließer nochmals, sehr etwas unwillig, an die Tür klopfte und „hinlegen“ rief. Jetzt legte der Reuling den Schemel nach der Wand zu an die Erde, schob den Strohsack darauf und legte sich halb sitzend auf denselben, aber ohne mich nur einen Augenblick aus den Augen zu verlieren.

So lagen zwei „Verbrecher“ sich beobachtend gegenüber, bis das Stodenspiel der Barockstühle die sechste Stunde verläutete und der Schließer mit einem „Aufstehen“ an die Zellen-tür donnerte.

Wir wurden rausgelassen und mußten, immer zwei Paare durch den Schließer getrennt, auf dem Korridor Toilette machen. Nachdem wir die Zelle wieder dekretiert hatten, wurde Suppe und ein Stück Brot dazu gereicht. Ich hatte mir vorgenommen, keinen Bissen zu essen. Mein Logistkollege kostete einen Köffel voll und sagte dann, es fortzufressen, mit ausländischem Akzent: Ekelhaft. Ich sah ihn jetzt näher ins Auge und stellte fest, daß es ein hübscher hochdegener gefellter Mann mit schwarzem Kopfhaar war. Er trug nachschöne mit Samalchen, war bartlos, hatte sehr gepflegte Hände. Er trat auf mich zu und sagte einen Namen, den ich nicht verstand, und setzte hinzu: Italiano. Ich nannte ihm meinen Namen mit dem Zusatz: Allemagne. Letzterer veranlaßte ihn wohl zu der Frage: „Parlez vous français, Monsieur?“ was ich verneinen mußte. Jetzt lachte er in dem Wortschuß seiner deutschen Partikularien und wenn

ich so viel italienisch gekonnt hätte, wie er deutsch, hätten wir uns leicht verständigen können. So bekam ich mühselig, unter Zuhilfenahme der Laubstummensprache, so viel heraus, daß er ein italienischer Tenorist sei, in Berlin debütiert hätte, mit einer Bankiersfrau aus dem Westen unter Annahme der Kasse des Mannes durchgebrannt sei, und als das Geld alle geworden, den Mann erfaßt habe, weiteres zu schildern, andernfalls er alles veröffentlichen würde. Der Gatte hatte den Brief der Polizei übergeben, und diese habe ihn verhaften lassen. (Später las ich seine Verurteilung.)

Natürlich wollte er auch wissen, warum ich eingesteckt sei und es kostete immerhin einige Laubstummens-Ergüssen mit Kopf und Armen, um ihm eine Vorstellung von einem „Hochverräter“ beizubringen. Wie weit er das begriffen hat, entzieht sich meiner Beurteilung. Wir wurden auch in unseren gemischten Sprachversuchen gestört, da der Schließer zum Baden rief. Wieder ging es über schmierige und dreckige Treppen, Flure und Korridore in einen tiefen Keller.

### Gemeinschaftsbad im Souffl.

Manches Elend habe ich im Leben kennen gelernt, das Menschen, die es trifft, abstumpft und schließlich gegen Schmutz unempfindlich macht.

Ich habe manchmal öffentlichen Dreckstall „ausmisten“ helfen, z. B. das Berliner Obdach, die Geschlechtskrankenklinik daselbst mit ihrem kaum zu beschreibenden Operationsaal unter Prof. Behrend. Ich weiß, wieviel Verdienst die Sozialdemokratie auf hygienischen Gebiet sich in dieser Beziehung erworben hat. Aber nie haben meine Augen ähnliche Zustände und Schmutz wiedergesehen wie in dem Baderaum des alten Polizeigefängnisses am Wolkenmarkt. Hier verlag die Feder jede Beschreibung.

Dreckgeschwängerte Wände, von denen stellenweis der Mörtel abgefallen, die mitami der Decke aussahen, als wenn sie ein Jahrhundert weder Farbe noch Pinsel gesehen hätten. In einem winkligen, niedrigen Raum standen etwa ein halbes Dutzend Bännen.

Auf dem Fußboden lagen und an den Wänden hingen Kleidungsstücke, Lumpen und sogenannte Wäschestücke, die meist von Schmutz

starrten und von allerlei obdachlosen und im Elend verkommenen Menschen stammten. Die Besitzer dieser Garderoben bildeten in dem Raume „Schlange“, aber lagen paarweise in den Bännen. Letztere sahen so aus, daß Moorbäder dagegen ein ästhetisches Gefühl auslösten.

Dem italienischen Tenor schien es auch in den weichen Armen der Bankiersfrau besser gefallen zu haben als in den Armen der heiligen Hermonbad. Er schüttelte sich wie im Fieber mit mir um die Wette.

Was half's. Dem Befehl „Ausziehen“ mußte Folge geleistet werden. Wir waren schon vom Blut begünstigt, daß wir beide an der Wand einen Nagel für unsere Garderobe fanden und sie nicht auf den schlammigen Erdboden zu legen brauchten.

Was sich hier dem Auge an krüppeligen und tranken Körpern bot, ist zu schildern unmöglich.

„Der Menschheit ganzer Sammer“ mußte jedem, dessen Gefühl noch nicht ganz erdötet war, passen.

„Ra rinn“, schrie der Bademeister mich an und rief mich aus meinen Betrachtungen.

In der Wanne vor mir lag schon mein Zellengenosse und ich antwortete, da ist ja schon einer drinn. Da kam ich aber schlecht an. „Wißt Du gutwillig rinn oder nicht?“ schrie der „Badedirektor“. Blühschnell hatte ich überlegt: Der Tenor ist sauber und dem Aussehen nach gesund. Wer weiß, mit wem du sonst zusammenkommst. Und schleunig schloß ich eine Bade-Alliance mit Wollen, die von den preussischen Gewächshabern aber sehr schnell mit dem Auf: „K u a b e r r a u s“ wieder gelöst wurde.

Torher hatte er unsere Garderobe untersucht mit der Frage: „Hast Du Käuse?“

„Nein, sehen Sie doch nach“, sagte ich ärgerlich.

„Das waren wir auch, mein Bürschchen. Werde nicht zu frech, sonst machst du noch Bekanntschaften, die dir ne schöne Inschrift zum Andenken mitgeben.“

Als wir oben an unserer Zelle ankamen, schloß der Schließer den Tenor wieder ein, mich behielt er draußen, gab mir meinen Hut und sagte: „Sie kommen runter zur Sammelstelle.“

(Fortsetzung folgt)

